Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1913

54 (5.3.1913)

Visual Library

No. 54. Karlsruhe, Mittwoch den 5. März 1913. 33. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 ₰, vierteljährl. 2,25 ℳ; abgeholt monatl. 65 ₰; am Postschalter 2,10 ℳ, durch den Briefträger 2,52 ℳ vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends ½7 Uhr. Postscheckkonto Nr. 2650. Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 ₰. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme ½9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Die patriotische Geste.

Einmal und nicht wieder!

Die historische Festspielidee, durch eine einmalige Vermögensabgabe die einmaligen Ausgaben für die Militärvorlage zu decken, hat überall in der bürgerlichen Presse das stärkste Befremden hervorgerufen. Wäre nicht alles Taktik und Effektberechnung, die ganze bürgerliche Preßgesellschaft wäre über dies unglückliche Kind patriotischer Phantasie mit Knitteln und Steinen hergezogen. So aber hält man sich zurück, Patrioten sind sie alle, zahlen will keiner, und dabei haben sie furchtbare Angst vor einander und vor der Sozialdemokratie: keiner will sich nachsagen lassen, da er der erste gewesen, der erschrocken an das Portemonnaie gegriffen habe.

Trotzdem in der konservativen wie in der liberalen Presse, bei aller Zurückhaltung, Vorsicht, Diplomatie, das gleiche Mißbehagen! Und wenn wir ehrlich sein wollen — wir halten Ehrlichkeit immer für die beste Politik — dieses Mißbehagen ist begreiflich, und neben den schäbigen Instinkten eines stets nur zur Aufopferung anderer bereiten Patriotismus, sind es Erwägungen sehr ernster finanzpolitischer Natur, die die allgemeine Abneigung gegen die einmalige Vermögensabgabe verständlich machen. Die „Voss. Ztg." meint in ihrem Montagsartikel ganz zutreffend, wenn die Sozialdemokratie mit einem derartigen Vorschlag im Reichstag hervorgetreten wäre, so wäre ein Entrüstungssturm losgebrochen, man hätte von Expropriation der Expropriateure, von Konfiskation des Vermögens, von Aufhebung des Eigentums gesprochen. An ihrer Beweisführung ist alles richtig — bis auf die Voraussetzung, denn die Sozialdemokratie hätte einen derartigen Vorschlag eben niemals gemacht.

Der Sozialdemokratie kommt es nicht auf den Bluff, auf den theatralischen Effekt an, sondern sie will einfach und nüchtern die dauernde Heranziehung der besitzenden Klassen zu den Reichslasten und die dauernde Entlastung der Besitzlosen. Die Sozialdemokratie wird, sobald die einmaligen und dauernden Ausgaben der Militärvorlage bekannt sind, ihre Rechnung darüber aufstellen, um wie viel der Reichsetat dadurch im ganzen belastet wird. Und sie wird, wenn es ihr nicht gelingt, die Militärvorlage zu Fall zu bringen, verlangen, daß die betr. Summe aus Besitzsteuern, d. h. aus Steuern auf die großen Erbschaften, Vermögen und Einkommen gedeckt wird. Ob das Geld für die einmaligen Ausgaben auf einmal auf den Tisch gelegt oder ob eine notwendig werdende neue Reichsanleihe aus den Mitteln der Besitzenden verzinst und getilgt wird, ist dabei eine verhältnismäßig nebensächliche Frage. Hauptsache ist, daß die Lasten von den Reichen getragen werden, daß die Armen aber verschont und entlastet werden.

Die Haltung der bürgerlichen Presse aber, vor allem der offiziösen und der konservativen, bestätigt unsere Vermutung, daß man aus der großen patriotischen Festvorstellung noch ein Geschäft machen will. Die Besitzenden sollen den kleineren Teil der Last, die einmaligen Ausgaben, auf sich nehmen, der vielfach größere Teil, die dauernden Ausgaben, sollen dagegen wieder sachte auf die Schultern der Besitzlosen abgeschoben werden. Anders kann man es nicht verstehen, wenn die „Bayerische Staatszeitung" schreibt:

„Einmal auf dem Boden der Uebereinstimmung über die große Frage, würden die Parteien, und darin liegt die weitere Bedeutung der geplanten Vermögensabgabe, leichter gemeinsame Wege für die Beschaffung der laufenden Ausgaben finden.

Darin liegt, wie wir schon gesehen haben, eine Verschiebung des Tatbestandes. Die große Frage ist nicht, wie die erste Milliarde aufgebracht werden soll, sondern woher die vielen andern Milliarden genommen werden sollen, die die Vorlage im Laufe der Jahre kosten wird. Die „große Frage" ist nicht, wie man sich aus einer augenblicklichen Verlegenheit hilft, sondern wie man die im Jahre 1909 „geordneten" und jetzt wieder gänzlich zerfahrenen Reichsfinanzen dauernd in Ordnung halten kann. Zu diesem Zweck wird nach den vorliegenden Schätzungen mindestens ungefähr eine Viertelmilliarde neuer jährlicher Einnahmen notwendig sein. Wer zahlt die? Das ist die „große Frage"!

Auf diese große Frage aber klingt aus dem Lager der Besitzenden die Antwort zu uns herüber: „Wir nicht!" Einmal wollen sie, wenn es schon gar nicht anders geht, in die Tasche greifen, aber nur wenn man ihnen schriftlich gibt, daß sie es nie, nie wieder zu tun brauchen. So schreibt auch das schon erwähnte bayerische Regierungsorgan:

„Daß die Anwendung dieses Prinzips nur eine einmalige und ausnahmsweise, durch die außerordentlichen Umstände bedingte sein kann und darf, darüber besteht wohl nirgends ein Zweifel."

Der konservative „Reichsbote" erwartet, daß Vorsorge getroffen wird, „um die Sozialdemokratie zu verhindern, gegebenenfalls durch das dem Reichstag jetzt zum erstenmal gebotene Mittel einer einmaligen Abgabe vom Vermögen auch für andere ihr genehmerere Zwecke Geld in Fülle und Fülle zu schaffen." Es wird also eine gesetzliche Sperrvorrichtung gewünscht, um die Heranziehung der Vermögensabgaben zu Zwecken der Kulturförderung und der sozialen Fürsorge zu verhindern. Und obendrein wird noch „aufs schärfste betont", daß selbst für die heiligen Zwecke des Militarismus nur eine einmalige Vermögensabgabe erlaubt werden darf. Nicht minder hat die „Kreuzzeitung" „ernstere Bedenken gegen den Plan, die nicht einmal so sehr in einer einmaligen Durchführung als vielmehr in den Konsequenzen für die Zukunft begründet sind."

Diese Angst vor den Konsequenzen ist weiter nichts als Angst vor der Sozialdemokratie, eine Angst, die allerdings zum Teil auf sehr unzureichenden Vorstellungen vom Wesen der sozialdemokratischen Finanzpolitik beruht. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, die Expropriation der Expropriateure auf dem Wege der Besteuerung zu versuchen, es wäre dies das denkbar ungeeignetste Mittel. Steuern sind nicht dazu da, um die Expropriateure zu expropriieren, sondern um die Bedürfnisse des Staates zu decken. Nennt man es schon Expropriation, wenn die Steuern von denen bezahlt werden sollen, die es dazu haben, so ist es eine noch viel grausamere Expropriation, wenn man sie dort nimmt, wo beinahe nichts mehr zu holen ist. Hätten die Arbeiter in den letzten zwanzig, dreißig Jahren das Geld, das ihnen das Reich abnahm, auf die hohe Kante legen können, dann hätten die meisten schon ein ganz nettes Sparkassenbuch. Nicht für die Besitzenden, nur für die Besitzlosen wirkt die Besteuerung als eine Expropriation. Eine Expropriation bis aufs bloße Hemd!

Um dieser Expropriation der Armen Einhalt zu tun, will die Sozialdemokratie die Reichen besteuern. Nicht der „Expropriation der Expropriateure" zu liebe, die steht auf einem ganz andern Blatt. Und so wäre es an der Zeit, die Diskussion über die Deckungsfrage aus dem Gebiet unklarer Phrasenhaftigkeit und unwahrer Theatralik wieder auf den Boden der nüchternen Sachlichkeit zu bringen. Dazu ist aber vor allem nötig, daß die Regierung — statt die bunten Einfälle einer finanzpolitisch dilettierenden Romantik in die Oeffentlichkeit zu werfen — einen klaren umfassenden Plan zur Deckung der beabsichtigten Neuausgaben veröffentlicht. Das Volk will von den Fürsten des Throns, des Großgrundbesitzes und der Börse keine verdächtigen Geschenke, **es fordert von ihnen, daß sie bei der Tragung der Reichslasten, der Neuordnung der Reichsfinanzen tun, was ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist!**

Deutsche Politik.

Militärvorlage mit Hurra! Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" macht folgenden Vorschlag:

„Wir erwarten und stellen die Forderung, das der Reichstag die **gesamte Heeresvorlage ohne Markten** en bloc **annimmt.** So wie es in erfreulicher Kundgebung mit der letzten Marinevorlage geschah. Ueber Staatsnotwendigkeiten darf man nicht feilschen — so viel sollten wir aus vier Jahrzehnten Reichsgeschichte gelernt haben. Eine **demonstrative Annahme** wird gleichermaßen gefordert durch die Würde des Reiches und durch den Eindruck auf das Ausland!"

Die kommenden Besitzsteuern en bloc anzunehmen, wird das Organ der Schlotbarone bestimmt nicht empfehlen, denn mit der Militärvorlage verdienen die Industrie-Magnaten Geld, die Steuervorlagen aber gehen ihnen an den Geldbeutel. Wenn der Reichstag auf diesen Vorschlag eingehen sollte — und es hat in der Tat den Anschein — dann würde er seine Pflicht, die Vorlagen der Regierung genau zu prüfen, wieder einmal gröblich verletzen.

Die Osterferien des Reichstags. Nach den ursprünglichen Abmachungen sollten die Sitzungen des Reichstags bis zum 14. März dauern, um dann nach einer kurzen Osterpause wieder aufgenommen zu werden. Plötzlich ist darin eine Aenderung eingetreten. Der Reichstag soll nämlich bereits am kommenden Samstag, 8. März, in die Ferien gehen und erst am 2. April wieder zusammentreten. Neben dem Marineetat sollen diese Woche noch der Kommunaletat und das Etatnotgesetz erledigt werden. Die nachstehenden Etats: Militäretat, auswärtiges Amt, Reichskanzler, Reichsschatzamt usw. können gegenwärtig nicht beraten werden, weil man in diesen Aemtern alle Hände voll zu tun hat mit der Vorbereitung der Militärvorlage und der Frage der Deckung. Der Etat des auswärtigen Amtes kann nicht beraten werden, weil der neue Staatssekretär v. Jagow sich noch nicht völlig in sein neues Amt eingearbeitet hat, sodaß für die nächsten Wochen Beratungsstoff für das Plenum des Reichstags nicht vorhanden wäre. Man rechnet damit, daß Mitte nächster Woche die neue Militärvorlage veröffentlicht wird.

Der Kaiser und die einmalige Vermögensabgabe. Die erste Anregung, die einmaligen Kosten der Heeresvorlage durch eine einmalige Vermögensabgabe aufzubringen, ist nach dem Berliner „Lokalanzeiger" vom Kaiser persönlich ausgegangen, der sich auch an die Bundesfürsten mit dem Vorschlag wandte, in diesem Falle von dem Vorrecht der Steuerfreiheit freiwillig zurückzutreten. Dieser Vorschlag fand Zustimmung. Mit Recht schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten": „Die Steuerfreiheit der Fürsten ist ein Privileg, aber ein überlebtes, sachlich nicht mehr begründetes."

Keine Bestätigung von Sozialdemokraten. Die „Frkf. Zeitung" hatte in der Besprechung der Wahl des Gen. Schmidt in den Frankfurter Magistrat mitgeteilt, daß in dem Städtchen Hofheim im Taunus schon seit zwei Jahren ein Sozialdemokrat als Stadtrat amtiere, der auch die Bestätigung der Regierung erhalten habe. Zu dieser Meldung, die auch in andere Blätter übergegangen ist, läßt jetzt der Regierungspräsident von Wiesbaden der „Frankfurter Zeitung" berichtigend mitteilen, daß der erwählte Sozialdemokrat in Hofheim Magistratsschöffe sei, der keinerlei Bestätigung durch den König oder die Regierung bedürfe. Die Scharfmacher können sich also beruhigen, die preußische Regierung duldet keinen Sozialdemokraten in einem Magistratsamt, über das sie zu verfügen hat. Wenn es von der preußischen Regierung abhängig wäre, hätte sicher auch Frankfurt keinen Sozialdemokraten im Magistrat, denn die Wahl eines Sozialdemokraten in die Frankfurter Schuldeputation hat die Regierung seinerzeit prompt verhindert.

Eine Nachwahl zum Lippeschen Landtage, an der der liberale Reichstagsabgeordneten für Lippe, Dr. Neumann-Hofer beteiligt war, hat zwar diesem in der Stichwahl am 1. März den Sieg gebracht, aber das Ergebnis ist für den Niedergang des Liberalismus bezeichnend. Unser Genosse Becker blieb mit 50 Stimmen hinter der liberalen Stimmenzahl zurück, und das in einem Kreise, der bisher als absolut sicher für die Liberalen galt.

Die Sozialdemokratie wird zu Tode gebetet. In der schwarzen Oberpfalz verfallen die frommen Zentrumschristen neben den bekannten terroristischen Mitteln auf die tollsten Kampfmethoden gegen die immer entschiedener vordringende Sozialdemokratie. Ein neues Mittel ist in dem Orte Friedenfels am Steinwald entdeckt worden. Dort treibt das Zentrum die abscheulichste Verhetzung, die man sich denken kann. Um die Sozialdemokratie auszurotten, ließ man vor einiger Zeit Missionspater kommen. Die „Fränkische Volkstribüne", unser Bayreuther Parteiblatt, schilderte in einem Artikel die Agitation, die im Beichtstuhl betrieben wird. Der Artikel wirkte wie der Funke im Pulverfaß. Der Pfarrer verlas ihn von der Kanzel herab und höhnte darüber, er sprach von Niederträchtigkeit und Gemeinheit, meinte aber, klagbar vorzugehen lohne sich nicht. Dafür schlug er vor, für die „verlorene Seele" des Artikelschreibers drei Vaterunser zu beten. Darauf wurden auch wirklich von der frommen Gemeinde für den sozialdemokratischen Artikelschreiber drei Vaterunser gebetet. Seitdem die Mission im Orte ist, beten einige besonders Fromme bei der Messe für den **Austritt eines Parteigenossen aus der sozialdemokratischen Wahlkreissektion.** Das ist wohl das allerneueste und originellste Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie!

Zum Schweigen gebracht. In dem brüderlichen Streit der katholischen Richtungen in Deutschland ist die orthodoxe Richtung in Schlesien zum Schweigen gebracht worden. Die Verurteilung seines Sitzredakteurs Lammel zu drei Wochen Gefängnis hat den Pfarrer Niebo-rowski in Angst versetzt und die Furcht vor der Rache seines Glaubensbruders veranlaßte ihn, eine Abbitte loszulassen, in der folgenden Passagen vorkommen:

„Die wiederholt im „Katholischen Deutschland" erschienenen Vorwürfe der Lügenhaftigkeit entbehren der Berechtigung. Ich bedauere . . . die Wendungen „Herr Kardinal Kopp würde nicht einem durch so **hinterlistige unkatholische Gehässigkeit verächtlichen Blatte** seine Herzensmeinung zur Verbreitung anvertrauen. Ich verspreche, sowohl für meine Person, wie für das von mir herausgegebene „Katholische Deutschland", mich **künftighin aller verletzenden und persönlichen Angriffe** gegen die „Schles. Volkszeitung", ihre „Hintermänner" und gegen Herrn Geheimrat Dr. Borsch zu enthalten. Reichthal, den 1. März 1913. Pfarrer Niebo-rowski."

So tief hat sich wohl kaum jemals ein Politiker vor seinem Gegner ducken müssen, wie hier der Priester vor dem Zentrumsredakteur. Der Inhalt seines Widerrufs aber gibt ein Bild von dem Streite der „Christen".

Für eine Ohrfeige einen Monat Gefängnis. Ein Sozialdemokrat ist von der Strafkammer zu Pirna zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden, weil er einem jungen Arbeiter, der zum Pfadfinderkorps gehört, wie die „Deutsche Tageszeitung" versichert, „ohne jeden Grund" ins Gesicht geschlagen habe. Selbstverständlich hält das agrarische Blatt die Strafe für durchaus berechtigt, um so mehr, als die Beweisaufnahme ein krasses Bild von den Schmähungen und Verhöhnungen ergeben habe, denen die nationale Jugend seitens der Sozialdemokraten ausgesetzt sei. — Wir sind weit davon entfernt, eine Ohrfeige für ein Beweismittel zu halte und glauben, daß es bessere Methoden gibt, die jugendlichen Arbeiter von den Alfanzerien der Pfadfinder fernzuhalten. Aber würde wohl die „Deutsche Tageszeitung" ebenso begeistert sein, wenn dasselbe Urteil gegen einen nationalen Jüngling ergangen wäre, der einen Sozialdemokraten geprügelt hätte? In die Verlegenheit.

auf diese Frage gelegentlich eines praktischen Falles eine Antwort geben zu müssen, wird das Blatt des Herrn Oertel allerdings nicht kommen, denn nach dem Urteil von Pirna scheint es, als ob in den Augen der Justiz die Pfadfinder ein ebenso wertvolles und des besonderen Schutzes bedürftiges Element seien wie die Arbeitswilligen. Vielleicht wird demnächst auch noch ein Gesetz zum Schutze der Pfadfinder und des Jungdeutschlandbundes verlangt.

Ausland.

Ungarn.

Die Angst der ungarischen Behörden vor der Revolution. Der vergangene Sonntag war ein Tag der Aufregung, nicht nur für die Hauptstadt, sondern für das ganze Land. Der Oberstadthauptmann hat wieder einen Befehl erlassen, und zwar will er nach echt russischer Art die Hausmeister seiner Botmäßigkeit unterstellen. Der Befehl verfügt, daß die Haustore um 7 Uhr abends gesperrt werden müssen. Sämtliche Straßenfenster sind mit Rolleaux zu versehen, die bei den geringsten Exzessen geschlossen werden müssen. Ferner fordert der Oberstadthauptmann die Hausmeister auf, fremde Personen in den Häusern nicht zu dulden. An die Arbeiter und Unternehmer richtet er die Aufforderung, wenn sie selbst in ihrer friedlichen Arbeit gestört werden sollten, sich sofort an das nächste Polizeirevier zu wenden. Zum Schluß betont er, daß Polizei und Militär bei Widerstand sofort von den Schußwaffen Gebrauch machen.

Auch die Regierung tut das ihrige. Von frühmorgens an marschieren ganze Regimenter, mit Schmutz und Staub bedeckt, durch die Straßen den Kasernen und Schulgebäuden zu. Hinter jedem Regiment ging auch die rote Kreuz-Sanitäts-Abteilung mit ihren Feldbahren. Jeder Eisenbahnzug bringt Massen von Gendarmen, die mit ihren Koffern und Säcken bepackt durch die Straßen eilen. Es scheint, daß die Regierung ihre Maßregeln deshalb so öffentlich trifft, um die Arbeiterschaft einzuschüchtern. Auf Drängen der Militärbehörde hat der Leiter der städtischen Schulsektion den Soldaten vier grroße Schulgebäue zur Einquartierung bewilligt. Es geschah dies deshalb, um die Bürger vor den Schikanen der Einquartierung zu schützen. Es wird öffentlich bekannt gemacht, daß jeder Soldat 140 scharfe Patronen bei sich führt.

Am Montag gingen die Arbeiter wie gewöhnlich, wenn auch widerwilliger, in die Werkstätten und Fabriken und harren des Zeichens von der Partei, daß der Streik beginnt. Die Parteileitung fordert in der Presse die Arbeiter auf, sich von falschen Gerüchten der bürgerlichen Presse nicht irreführen zu lassen und erst dann die Arbeit niederzulegen, wenn von der Parteipresse die Anweisung kommt.

Die Parteiorgane vom Sonntag wurden wieder konfisziert. Die fortdauernden Konfiskationen haben nur den Zweck, die Provinz von der Hauptstadt abzuscheiden. Auf die Arbeiter mache sie keinen Eindruck mehr. Gerüchtweise verlautet, daß die Regierung die Telegraphen- und Telephonämter angewiesen hat, Zirkulare der Parteileitung, die auf telegraphischem oder telephonischem Wege die Arbeiterschaft der Provinzstädte zum Streik aufrufen, nicht zu befördern. Die Parteileitung hat in ihrer Sonntagsitzung Mittel und Wege gefunden, die Arbeiter trotz dieser Verordnung zu verständigen.

Das Ministerium des Innern hat an sämtliche Bezirksleiter des Landes versiegelte Ordres verschickt, die am 3. März zu öffnen sind und nach denen streng gehandelt werden soll. Es sind dies vermutlich die Streikmaßregeln.

Die bürgerliche Opposition hat beschlossen, zu den Wahlrechtsverhandlungen im Parlament zu erscheinen.

Badische Politik.

Das reichsparteiliche Flugblatt und die Nationalliberalen.

Die Reichspartei möchte gerne Geschäfte unter den Nationalliberalen machen und hat das bereits von uns behandelte Flugblatt als Beilage des „Karlsruher Tagblattes" herausgegeben. In knapper Fassung wird darin ausgeführt, in Süddeutschland sei die Reichspartei solange mit den Nationalliberalen gegangen, als diese eine Mittelpartei bildeten und sich von radikalen Elementen fernhielten. Das habe sich zum Schaden des Vaterlandes geändert. Die Nationalliberalen hätten unter dem Einfluß der Jungliberalen mehr und mehr den Charakter einer Mittelpartei eingebüßt. Sie hätten sich eng an die Demokratie angeschlossen, von der sie vielfach nicht mehr zu unterscheiden seien, die ihnen aber erfolgreich Konkurrenz mache, wie die Gemeindewahlen in Baden bewiesen. Schlimmer sei das Verhältnis zur Sozialdemokratie. Diese habe von ihren Zielen nichts aufgegeben, sei nur etwas zurückhaltender, weil sie sich davon Vorteil verspreche, darum aber nur gefährlicher. Im weiteren wird ausgeführt, man glaube durch den Großblock dem Zentrum entgegenzuarbeiten, stärke aber erst recht dessen Einfluß. Immer weiter gleite man hinab auf der Bahn des Radikalismus. Die Reichspartei will den Radikalismus bekämpfen und das Programm der Mittelpartei wieder zu Ehren bringen. Wer monarchisch gesinnt ist, wer unser Volk stark in Waffen erhalten will, dürfe keinen Sozialdemokraten unterstützen. Groß sei die Zahl der Badener, die sich von den Extremen rechts und links fern halten wollten, aber sie entbehren des Anschlusses. Ihnen biete die Reichspartei die fehlende Organisation.

Auf das Flugblatt der Reichspartei antwortet jetzt die „Badische Landeszeitung" von gestern abend in einem längeren Artikel ,in dem der reichsparteiliche Werberuf als eine sehr wenig faire Aufforderung an die nationalliberalen Parteimitglieder bezeichnet wird. Das Blatt schreibt dann u. a.:

„Der Großblock soll dazu dienen, Baden das liberale Regime zu erhalten, unter dem sich das Heimatland seit Jahrzehnten kulturell, geistig und wirtschaftlich entwickelt hat. Er soll ferner dazu dienen, das Land vor der schwarzen Gefahr einer Zentrumsherrschaft zu bewahren. Was eine solche Gefahr für ein Land bedeutet, das müßte die Reichspartei an Bayern sehen. In Bayern bestehe ein Zentrumsministerium, Württemberg sei auf dem besten Wege dazu, und in Elsaß-Lothringen sei ebenfalls der Ultramontanismus am Ruder. Das Streben des Zentrums laufe darauf hinaus, auch Baden unter seine schwarzen Flügel zu bekommen. Dann gebe es ein geschlossenes ultramontanes Süddeutschland, und dieses Süddeutschland würde keinen Augenblick zögern, im deutschen Bundesrat seinen Einfluß mit dem nötigen Nachdruck geltend zu machen. Was eine Stärkung der Hertlingschen Richtung im Bundesrate des weiteren für Deutschland zu bedeuten hätte, das können sich die Herren vom reichsparteilichen Verein wohl selbst ausdenken."

Sehr richtig!

Das monarchische Empfinden des Zentrums.

In der gestrigen Nr. 239 der „Straßb. Post" schreibt ein Karlsruher Mitarbeiter in einem „Zentrum und Nationalliberale in Baden" betitelten Artikel:

„Das Zentrum macht neuerdings verzweifelte Anstrengungen, um die Nationalliberale Partei für seine Zwecke einzufangen und der raffinierten Taktik dienstbar zu machen, die es zur Sprengung des verhaßten Großblocks ersonnen hat. So hat der „Bad. Beob." die heitere Entdeckung gemacht, daß es sich bei den nächsten Wahlen darum handle, ob Baden noch weiter von seinem Großherzog oder vom Rechtsanwalt Dr. Frank in Mannheim regiert werden soll. Man könnte diesem auf die Armut im Geiste berechneten Argumente ja schließlich mit ebenso gutem Recht gegenüberhalten, es handle sich darum, ob das Haus Zähringen oder das Pfarrhaus Zähringen in Baden regieren solle, wenn diese Art, von der Gefährdung der Monarchie zu sprechen, nicht überhaupt ein sehr bedenkliches und frivoles Spiel mit dem Ansehen der Krone wäre, um so mehr, als es nur zu untergeordneten Parteizwecken betrieben wird. Im Interesse der politischen Reinlichkeit darf wohl verlangt werden, daß dieses unehrliche Treiben nicht fortgesetzt und daß es im politischen Tageskampf nicht üblich wird, von der „Absetzung des Großherzogs" in einem Tone zu sprechen, als ob das die leichteste Sache von der Welt wäre. Gerade die monarchisch empfindenden Volkskreise müssen sich gegen diesen Raubbau am monarchischen Gefühl zur Wehr setzen. . . ."

Diese Charakterisierung der gegenwärtigen Zentrumsarbeit gegen den Großblock ist durchaus zutreffend. Was ist dem Zentrum die Monarchie, was der Monarch, wenn es seine Parteiinteressen zu fördern gilt?!

Jugendbewegung.

Jungdeutschlandbund und freie Arbeiter-Jugend.

Eine gewaltige Demonstration der proletarischen Jugend gegen den Jungdeutschlandbund fand Sonntag vormittag in Stuttgart statt. Generalfeldmarschall v. d. Goltz war vom Jungdeutschlandbund zur Abnahme der Parade nach Stuttgart eingeladen worden. Darauf veranstaltete der Stuttgarter Jugendausschuß eine Massenversammlung der Arbeiterjugend im Stuttgarter Zirkusgebäude. Als Redner war Reichstagsabgeordneter Dr. Karl Liebknecht erschienen. Die Anziehungskraft dieser Demonstrationsversammlung war eine ungeheuere. Aus der weiten Umgebung von Stuttgart kamen junge und alte Proletarier zu Tausenden herangeströmt. Der Zirkus, der 4000 Personen faßt, mußte lange vor der festgesetzten Zeit wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrt werden. In zwei großen Sälen wurden Parallelversammlungen veranstaltet, die gleichfalls überfüllt waren. In einem dieser Lokale forderte die Polizei zum Ruhm des liberalen Vereinsgesetzes die Entfernung der nicht 18 Jahre alten Teilnehmer. Eine Störung wurde damit nicht erzielt; die Versammlungen verliefen sämtlich ruhig und imposant. Unter jubelnder Begeisterung kennzeichneten die Redner den vom Jungdeutschlandbund kultivierten Mordpatriotismus und Byzantinismus und feuerten die Jugend zu selbständiger Denkart im Sinne der proletarischen Solidarität, der Völkerverbrüderung und der Demokratie an. Als sich um die Mittagsstunde die Versammlungslokale leerten, belebten sich die Straßen mit zwanglosen Zügen vieler Tausende junger Arbeiter, die den Veranstaltern der Jungdeutschlandparade zum Bewußtsein brachten, daß dem von ihnen betriebenen Mißbrauch der Volksjugend durch die Massen des Volkes selbst Schranken gezogen werden.

Soziale Rundschau.

Gelten Regierungsverordnungen nicht für Staatsbetriebe? Man schreibt uns: Soeben lese ich aus einem badischen Blatte eine Verordnung der Regierung in Sachen Berufsgenossenschaft betr. Unfallverhütungsvorschriften, sanitäre Einrichtung, Verbandskasten usw. Es überkommt mich dabei ein eigentümliches Gefühl, wie eine Vorschrift herausgegeben werden kann, die in staatlichen Betrieben am allerwenigsten befolgt wird. Ein Gang durch die Großh. badische Saline in Dürrheim wird bestätigen, daß in den sehr gefährlichen Werken, wie Siedhäuser, Bohrhäuser, Pumpwerke, Werkstätten mit Hobelmaschinen und sonstigen Holzbearbeitungsmaschinen, Elektrizitätswerk usw. nicht ein einziges Verbandszeug vorhanden ist. Mir selbst ist einmal ein kleiner Unfall passiert. Ich frug den Werkführer E. nach Verbandszeug und gab mir derselbe den Bescheid, daß Verbandszeug in keinem Betriebe vorhanden sei. Nur auf der Kanzlei des Salinenamtes sei etwas derartiges und diese sei nun geschlossen, da es bereits ½8 Uhr war.

Es ist nun nicht zu vergessen, daß bei dem erwähnten Werk Tag- und Nachtschicht besteht und daß die Betriebe sehr weit abgelegen sind, zum Teil über eine halbe Stunde. Ich war Zeuge eines Unfalls in einem Bohrhaus, das ca. eine Viertelstunde vom Salinenamt entfernt ist. Da fiel eine Latte, anscheinend ein Stück von einer Dachlatte einem Arbeiter namens Rieger auf den Kopf. Derselbe trug eine unbedeutende Wunde davon. Man konnte nun die Wunde nicht auswaschen und verbinden, wie es hätte sein sollen. Der Mann mußte bei rauhem Wetter den Weg zum Arzt machen. Es wurde, wie es schien, kein großer Wert auf die Wunde gelegt und nach einigen Tagen bekam der Mann Wundfieber und starb. Ich meine nun, wenn man Verbandszeug zur Hand gehabt und die Wunde damit gleich behandelt hätte, so wäre dieser Mann, der von Gesundheit strotzte und kaum militärfrei war, vielleicht noch am Leben.

Es ist sehr bedauerlich, daß die Gr. Domänen-Direktion, welcher oben genanntes Werk unterstellt ist, an einer solchen Bagatelle spart, ein Beweis, daß sich die maßgebenden Herren vom Gr. Salinenamt sowie die Herren Bergräte in Karlsruhe um das Wohl und Wehe der Arbeiter verflucht wenig kümmern. Ich hege den Wunsch, daß diese Zeilen vielleicht dazu beitragen, diesen Mißstand zu beheben.

Soweit die Zuschrift. Wir veröffentlichen dieselbe, weil wir der Ansicht sind, daß die Sache schon wert ist, eingehend untersucht zu werden. Denn, wenn die Regierung großartig Verordnungen herausgeben will, so muß sie doch erst mal darauf sehen, daß in den staatlichen Betrieben alles in Ordnung ist.

Wann kann der Vater seiner Tochter die Aussteuer verweigern? Das Gr. Oberlandesgericht hat kürzlich in der Frage: Ist ehrloser oder unsittlicher Lebenswandel der Tochter als Grund zu betrachten, die Aussteuer zu verweigern? wie folgt entschieden: Es reicht zur Verweigerung der Aussteuer durch den Vater nicht aus, daß die Tochter zu irgend einer Zeit einen unsittlichen

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant.
Von E. Dewitt.

41 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Nach einer Weile unterbrach eines der Mädchen — es war Nelly — die Arbeit, lehnte sich in ihren Stuhl zurück und legte die Hand ans Herz; das Stück Wäsche, an dem sie nähte, entglitt ihren Händen und fiel zu Boden. Das Mädchen sprang auf, griff wild um sich und brach dann leblos zusammen. Das andere Mädchen setzte, trotz des Vorfalles, seine Arbeit fort, und auch der Krüppel sagte nichts, da sie alle drei derart an Elend gewöhnt waren, daß das Unglück der Genossin die beiden anderen ungerührt ließ.

Der Vorhang senkte sich wieder über das Bild, das die Lage jener Arbeiterinnen darstellte, die von einem ausbeuterischen Fabrikanten beschäftigt werden.

Nach fünf Minuten ging der Vorhang zum zweiten Male in die Höhe. Das neue Bild zeigte die Mädchen von vorhin und andere; sie befanden sich diesmal in einem freundlichen, gut ausgestatteten Raum, lachten und waren guter Dinge. Die Uhr schlug sechs und mit dem letzten Glockenschlage legten sie die Arbeit nieder und stimmten ein lustiges Lied an. Sie sahen glücklich und zufrieden aus, waren wohlgekleidet und gut genährt und ihre Heiterkeit, ihr Lachen und Singen deuteten an, daß sie keine Sorgen zu kennen schienen.

Dann kam Kapitän Sorensen mit seiner Geige auf die Bühne und spielte zum Tanze auf, worauf sich die Mädchen um die Taille faßten und den alten griechischen Reigen aufführten. Eine Quadrille und ein Walzer folgten, wobei sich die Mädchen als flotte Tänzerinnen erwiesen.

Dies Bild führte den Zuschauern die Mädchen vor, die für sich selbst arbeiteten. Die Bilder predigten ihre eigene, eindringliche Lehre, die ein jeder der Zuschauer auch ohne begleitenden Text verstand. Einige Mütter wischten sich die Tränen aus den Augen und bekundeten ihren Nachbarinnen, daß das, was sie gesehen hätten, kein Spiel sondern wirkliche und wahrhaftige Wahrheit, und die Freude der Darstellenden echt sei, weil sie wirklich für sich selber arbeiteten, und weil es bei ihnen keinen Sklavenaufseher mit einer Peitsche, kein Keifen und Zanken, keine langen Stunden und keine Geldstrafen gäbe.

Den lebenden Bildern schlossen sich musikalische Vorträge an. Kapitän Sorensen trug alte Seemannsweisen vor, Angela und Harry spielten ein Duett und die Mädchen stimmten sodann einen Chor an, mit dem sie um so mehr Ehre einlegten, als sie noch vor sechs Monaten nicht die geringste Ahnung von Musik hatten. Dann spielte Fräulein Kennedy ein Solo und die Mädchen sangen ein neues Lied. Es war augenfällig, fast wie ein Wunder, wie sehr sich schon die Mädchen in der kurzen Zeit von sechs Monaten zu ihrem Vorteil verändert hatten, und die Zuschauer tauschten flüsternd ihre Beobachtungen aus, wobei sie auf Fräulein Kennedy als Urheberin all dieser Verbesserungen hingewiesen. Sie war es gewesen, die die Mädchen um sich gesammelt, ihnen das Haus mit der vollständigen Einrichtung mietsfrei gab. Aufträge verschaffte, die gerechten Arbeitsregeln feststellte und ihnen für kürzere Stunden höheren Lohn zahlte, als sie irgendwo anders erhielten. Sie war es auch, die die Mädchen überzeugte, daß es besser sei, des Abends zu Hause zu bleiben, als auf die Straße zu gehen und sich in Ungemach zu bringen, sie war es schließlich, die sie in Gesang und Tanz sowie in anderen Künsten unterwies, die ebenso nützlich wie angenehm waren, und ihre freundschaftlichen Bemühungen im Interesse ihrer Mädchen hätten keine schlimmen Folgen als höchstens die gehabt, daß sie mehr auf ihre äußere Erscheinung als früher hielten, daß sie sich besserer Manieren befleißigten — und daran konnte doch kein vernünftiger Mensch Anstoß nehmen.

Der alte Achtundvierziger vom radikalen Debattierklub, der sich gleichfalls eingefunden hatte, war der Aufführung anfänglich mit Mißtrauen gefolgt, das aber nach und nach in lebhafte Genugtuung überging.

„Dick", flüsterte er seinem Freund und Schüler zu. „Wir wissen, daß wir die Macht in Händen haben. Aber wer sind unsere Gegner? Natürlich die Arbeitgeber, die die Löhne zu zahlen haben, die Großfabrikanten, die Großindustriellen und die Leiter aller sonstigen großen Betriebe. Tausende Plätze wie diese würden genügen, um das Volk aufzuklären, und wir würden nicht nur über die Macht, sondern auch über genügend Geldmittel verfügen, um eine Umwälzung unserer Lage herbeizuführen. O, daß ich zehn Jahre jünger wäre und noch tätigen Anteil an dem großen sozialen Kampfe nehmen könnte!"

Nach dem musikalischen Teil des Programms fand auf der Bühne durch Nelly noch die praktische Vorführung der neuen weiblichen Reformkleidung statt, worauf Harry eine kurze Ansprache hielt, in der er der Tätigkeit der Genossenschaft mit einigen wenigen Worten würdigte und auf das hohe Ziel hinwies, dem sie unentwegt zustreben. Ein Mahl und ein Tanzkränzchen bildeten den Beschluß der erhebenden Feier, die ohne jeden störenden Mißklang verlief und bei allen Teilnehmern nur die besten Gefühle und Empfindungen auslöste.

17. Kapitel.

Josephus' Unschuld erwiesen.

Als eines Tages kurz vor Neujahr Harry wenig zu tun hatte, kam er auf einem Rundgang durch die Brauerei auch an dem Zimmer vorbei, in dem sein Vetter Josephus zusammen mit einer Anzahl junger Kontoristen beschäftigt war. Die Tür stand offen und er trat, wie er es schon manchesmal zuvor getan hatte, ein, um einige freundliche Worte an seinen Vetter zu richten. Josephus saß, ein alter „junger Mann" unter diesen Jünglingen, und nahm mechanisch Eintragungen in das vor ihm liegende Buch vor, wie er es sein ganzes Leben hindurch getan hatte. Sein Platz befand sich in einer warmen Ecke neben dem Feuer und dicht neben dem Geldschrank, aus dem während seiner kurzen Abwesenheit die Riesensumme gestohlen worden war.

Die Geschichte des Vorfalles und auch Josephus' Darstellung waren allbekannt. Weiter wußte ein jeder, daß

oder ehrlosen Lebenswandel geführt hat, vielmehr ist der Vater nur dann zur Verweigerung der Aussteuer berechtigt, wenn die Tochter bis zur Eheschließung in ehrlosem oder unsittlichem Lebenswandel beharrt, wofür der Vater beweispflichtig ist. Andererseits ist eine Besserung der Tochter nicht schon dann anzunehmen, wenn sie ihrem Hang zur Führung eines solchen Lebenswandels einige Zeit hindurch nicht betätigt oder wenn eine solche Betätigung nicht nachgewiesen ist. Vielmehr muß die Besserung der Tochter eine nachhaltige sein, und es darf die Verteilung der Beweislast nicht zu einer erfolgreichen Heuchelei der Tochter führen.

Aus der Partei.

Protest gegen die Rechtlosigkeit der Frauen. In zahlreichen Städten und Industrieorten fanden am Sonntag Frauenversammlungen statt. Die Versammlungen galten dem Protest gegen die Rechtlosigkeit der Frauen. In Berlin allein fanden ca. 40 Versammlungen statt. In allen Versammlungen herrschte starke Begeisterung und in den Kundgebungen dokumentierte sich der feste Wille, nicht zu ruhen, bis auch den Frauen die Gleichberechtigung geworden ist, auf die sie der Bedeutung der Frauen im öffentlichen Leben entsprechend Anspruch haben. In allen Versammlungen fand die auch in der Karlsruher Frauenversammlung angenommene Resolution einmütige Annahme.

Durmersheim, 3. März. Am Sonntag, 2. März, fand hier eine sehr gut besuchte öffentliche Frauenversammlung statt, in welcher Genosse Dr. Kullmann-Karlsruhe über das Thema „Die Frau im wirtschaftlichen Kampf und ihre politischen Rechte" referierte. Derselbe führte in seinem einstündigen Vortrage den anwesenden Frauen vor Augen, wie notwendig es sei, daß die Frau im politischen Leben den Männern gleich gestellt werde und forderte sie auf, in unsere Reihen einzutreten, um gemeinsam mit den Männern, Schulter an Schulter den Kampf um das Frauenwahlrecht führen zu können. Hoffentlich wird die Zeit nicht mehr fern liegen, wo wir auch hier eine Frauensektion gründen können. Am Schlusse der Versammlung fand die bekannte Resolution einstimmige Annahme.

Gewerkschaftliches.

Der Verleumdungsfeldzug der Scharfmacherpresse gegen die Gewerkschaftsbewegung.

Die Versuche, die gewerkschaftlichen Organisationen durch verleumderische Behauptungen in Mißkredit zu bringen, haben sich in der Scharfmacherpresse in letzter Zeit derart gehäuft, daß es nicht mehr angängig ist, auf die einzelnen Artikel und Notizen einzugehen. Das dürfte diese Presse veranlassen, nach der bisherigen Praxis zu verfahren und nicht im einzelnen widerlegte Behauptungen einfach als der Wahrheit entsprechend hinzustellen.

In Nr. 99 der „Kreuzzeitung" vom 28. Februar ds. Js. wird aber eine verleumderische Behauptung aufgestellt, die nicht unbeachtet bleiben darf. Es liegt im Allgemeininteresse, daß an Gerichtsstelle festgestellt wird, ob das Behauptete der Wahrheit entspricht, oder zu dem Zwecke veröffentlicht worden ist, die öffentliche Meinung irre zu führen.

In der erwähnten Notiz der „Kreuzzeitung" wird über „Ausnutzung der paritätischen Arbeitsnachweise durch die Sozialdemokratie" und über „Sabotage" geschrieben und am Schluß gesagt:

„Die Sabotage dagegen wird, wie es in der Natur der Sache liegt, heimlich betrieben. Sie besteht ja darin, daß Arbeiter unter Einhaltung der Arbeitszeit ihre Tätigkeit so verrichten, daß sie das ihnen übertragene Werk schädigen, statt es zu fördern. Wie schon der Name lehrt, ist diese Art gewerkschaftlicher Praxis vom Auslande zu uns importiert worden. Wird die Sabotage bei uns darum bis jetzt auch noch mit Zurückhaltung ausgeübt, so ist doch nicht zu bestreiten, daß sie den Kampfmitteln der „freien" Gewerkschaften eingereiht ist. Die rote Presse leugnet diese Tatsache. Es dürfte ihr aber nicht unbekannt sein, daß unter den Vertrauensmännern der roten Gewerkschaftsbewegung ein Leitfaden zur Ausübung der Sabotage verbreitet worden ist. Darin ist beispielsweise ausgeführt, wie Fliesenleger zu arbeiten haben, damit die Fliesen sich nach kurzer Zeit werfen; wie bei der Legung von Gas- und Wasserrohrleitungen zu verfahren ist, um möglichst viel unbrauchbare Rohrabfälle zu erzielen, und so gibt es für ziemlich alle Berufe ähnliche Anweisungen. Nach den jetzigen sozialdemokratischen Behauptungen müßte dieser geheime Leitfaden ein Märchenbüchlein sein. Aber er wird doch vollkommen ernst genommen. Vielleicht erfahren wir gelegentlich von der Sozialdemokratie, was mit der Verbreitung dieser Schrift beabsichtigt ist."

Unter „freien Gewerkschaften" versteht man in Deutschland allgemein die der unten genannten Kommission angeschlossenen Zentralverbände, die gegenwärtig 2¾ Millionen Mitglieder haben. Nach den in der „Kreuzzeitung" und ähnlichen Blättern beliebten Redewendungen wird auch auf diese Verbände die Bezeichnung „rote Gewerkschaftsbewegung" angewandt.

Ich habe demgegenüber zu erklären, daß seitens dieser Verbände weder Sabotage geübt noch propagiert ist und daß unter den Vertrauensleuten dieser Gewerkschaften ein „Leitfaden zur Ausübung der Sabotage" nicht verbreitet worden ist.

Sind die vorgenannten Zentralverbände in der Notiz der „Kreuzzeitung" gemeint, so erkläre ich, daß es sich bei dieser Behauptung um eine gemeine Verleumdung handelt, deren sich der Verfasser der Notiz und der Redakteur, unter dessen Verantwortlichkeit sie veröffentlicht worden ist, schuldig machen.

C. Legien,
Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Ausbruch des Kampfes im Malergewerbe. Nach wochenlangen Verhandlungen über einen neuen Reichstarif im Malergewerbe ist plötzlich ein allgemeiner Kampf in greifbare Nähe gerückt. Nachdem am 24. Februar die drei Unparteiischen ihre Schiedssprüche über Arbeitszeit und -Löhne gefällt hatten, mußten sich die beiden Parteien über deren Annahme oder Ablehnung bis 28. ds. Mts. entscheiden. Obwohl die Unternehmer schon seit längerer Zeit zu erkennen gaben, daß sie sich trotz der von ihnen anerkannten Teuerung über eine auch nur mäßige Lohnerhöhung nicht hinwegsetzen würden, glaubte man selbst in informierten Kreisen nicht daran, daß sie ihre Drohungen wahrmachen würden.

Die Vertreter der Arbeiterorganisation haben es sich auf der außerordentlichen Generalversammlung des Malerverbandes während dreitägiger eingehender Beratung lange Zeit überlegt, ob sie den Schiedssprüchen zustimmen können, und sie haben dies nur schweren Herzens getan, weil sie die Verantwortung für einen allgemeinen Kampf im gegenwärtigen Moment der Oeffentlichkeit gegenüber nicht glaubten übernehmen zu können.

Anders die Unternehmer. Rücksichtslos haben sie die Schiedssprüche den Unparteiischen vor die Füße geworfen, denn die Teuerung und die unbedingte Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer äußerst schlecht bezahlten, von schweren Gesundheits- und Unfallgefahren sowie von großer Arbeitslosigkeit heimgesuchten Arbeiter zu berücksichtigen, erkennen die Malermeister nicht an. Gleichzeitig mit der Ablehnung der Schiedssprüche treffen sie eifrig Vorsorge für eine Aussperrung. Der Umstand, daß die Beratungen über das Verhandlungsergebnis vor einer Generalversammlung der Gehilfenorganisation stattfand, ermöglichte es, daß diese sofort entscheidend über die durch das provokatorische Vorgehen des Arbeitgeberverbandes herbeigeführte Situation beraten und beschließen konnte, und das geschah in so ruhiger und würdiger, von Begeisterung für eine große Sache getragener Weise, daß die Unternehmer mit einem entschiedenen Widerstand werden rechnen müssen.

Folgender Resolution wurde einstimmig zugestimmt:

„Die außerordentliche Generalversammlung nimmt Kenntnis von der Ablehnung der Schiedssprüche über einen neuen Reichstarifvertrag durch den Arbeitgeberverband im Malergewerbe. Sie erblickt darin die Absicht, die schon bisher ganz unzureichenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter des Malergewerbes, die durch die Durchführung der Schiedssprüche noch keineswegs eine zeitgemäße Verbesserung erfahren würden, immer tiefer herunterzudrücken.

Die Generalversammlung verpflichtet daher die Mitglieder des Verbandes der Maler, alles einzusetzen, um den geplanten Schlag des Arbeitgeberverbandes zur Verschlechterung ihrer Existenzbedingungen in einer Zeit andauernder Lebensmittelteuerung abzuwehren. Dazu ist erforderlich, daß die Kollegen den vom Vorstand in besonderen Fällen in Verbindung mit dem Beirat angeordneten taktischen Maßnahmen strengste Gefolgschaft und Disziplin leisten, den eine nach bestimmten allgemeinen Grundsätzen geleitete Aktion wird verhindern, daß die arbeiterfeindlichen Pläne der Arbeitgeber des Malergewerbes Aussicht auf Erfolg haben.

Dem Vorstand gibt die Generalversammlung anheim, falls der in Aussicht gestellte Kampf größeren Umfang annimmt, von seinen statutarischen Rechten zur Aufbringung besonderer finanzieller Mittel und der Einführung einer Karenzzeit beim Bezuge der Unterstützungen Gebrauch zu machen."

Einmütig brachte die Generalversammlung des Verbandes der Maler ferner zum Ausdruck, daß die Mitglieder zu allen Opfern in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe bereit seien und alles daran setzen würden, die scharfmacherischen Pläne der Unternehmer zu durchkreuzen. Mögen sich die Arbeiter im Malergewerbe durch keinerlei Provokation der Unternehmer beeinflussen lassen und zunächst die Weisungen ihrer Organisationsleitung nach erfolgter Klärung der eigentlichen Sachlage abwarten.

Lohnbewegung im Schneidergewerbe. In den Orten, in denen die Unternehmer im Schneidergewerbe dem Unternehmerverbande nicht angehören, werden jetzt vielfach Lohnbewegungen geführt. In Uelzen, Salzwedel, Verden bei Hannover und in Greifswald sind durch örtliche Verhandlungen bereits Einigungen erzielt. In Wismar ist von den Gehilfen die Kündigung eingereicht worden. Es kommt hier, wenn innerhalb der 14tägigen Kündigungszeit nicht eine Einigung erzielt wird, zum Ausstand. In Kaiserslautern und in Hamborn ist es bereits zum Ausstand gekommen. In Hamborn nehmen außer dem Schneiderverband auch der christliche Verband und die polnische Berufsvereinigung an der Bewegung teil.

Drohende Generalaussperrung der Herrenkonfektionsschneider in Deutschland. In einer von über 2000 Herrenkonfektionsschneidern besuchten Mitgliederversammlung des Schneiderverbandes in Berlin wurde Sonntag mittag einstimmig der Beschluß gefaßt, am Montag früh in den Betrieben der Herrenkonfektion die Arbeit einzustellen. Der Zentralverband der Unternehmer hat für diesen Fall die Aussperrung im ganzen Lande angedroht. Die Führer des Schneiderverbandes erklärten, daß die Arbeiter den Kampf aufnehmen werden ohne Rücksicht auf die Drohungen des Unternehmerverbandes. Sie halten die Höhe der Löhne für die Wirtschaftsverhältnisse und die Anforderungen, die an sie in der Arbeitsleistung gestellt werden, nicht mehr genügend.

Lohnbewegungen in der Steinindustrie. In der Steinindustrie herrscht zurzeit eine lebhafte Tarifbewegung. Für etwa 300 Pflastersteinmacher konnte in Ströbel in Schlesien zum erstenmal ein umfangreicher Tarif zum Abschluß gebracht werden. Die Firma Steinbrich u. Oelsner hatte bis dato mit dem Steinarbeiterverband jede Verhandlung abgelehnt. Der vor einigen Jahren geführte Streik hat nun die Herren Chefs eines anderen belehrt. Für 125 Granitsteinmetze und Brecher kam in Floß (Oberpfalz) ein sehr detaillierter Tarif zum Abschluß. Die erreichte Lohnerhöhung beträgt 8 Prozent. Und was die Hauptsache ist, es konnte durchgesetzt werden, daß man die Schmiedekosten für das Werkzeugschärfen die Unternehmer selbst zu tragen haben. Die Christlichen haben in dieser rein katholischen Gegend nicht ein einziges Mitglied. Nach eingehender Verhandlung konnte in Grosrosen (Bezirk Striegau) für die Pflastersteinmacher ein Tarifvertrag durchgesetzt werden. In der schlesischen Granitindustrie arbeiten nun die meisten Arbeiter unter tariflich geregelten Arbeitsverhältnissen. — Die Sandsteinmetzen in Osterholz (Hannover) konnten den Stundenlohn um 6 Pf. beim neuen Tarifabschluß erhöhen. Die Arbeitszeit wurde von 9 auf 8½ Stunden täglich verkürzt. — Die Hartsteinarbeiter haben nach folgenden Orten Zuzug fernzuhalten: Dresden, Regensburg, Jena, Breitenborn, Heppenheim und Kötitz.

Der Steinhauerverband läßt zurzeit in den Hartsteingebieten Protestversammlungen veranstalten, weil sich verschiedene Unternehmerverbände gegen die erst jetzt eingeführte Verpflichtung, die Meßgeräte eichen zu lassen, in scharfer Form wenden. Bisher wurden eigentümlicherweise die Meßgeräte in den Steinbrüchen nicht geeicht, dadurch war es möglich, daß die Pflastersteinmacher, insbesondere aber die Schottersteinschläger, sehr übervorteilt werden konnten.

Genossenschaftsbewegung.

Das Wachstum der Konsumgenossenschaftsbewegung wird gekennzeichnet durch die neuesten Angaben über die Entwicklung in einzelnen Bezirken. Im „Konsumgenossenschaftlichen Volksblatt" vergleicht Herr Verbandsdirektor Barth die Verhältnisse in Baiern von 1902 und 1912: Die Zahl der Verbandsvereine betrug mit Schluß des Jahres 1902 25 Vereine; nun sind es 96, also eine Mehrung um 71 Vereine oder 2,84mal soviel. Von diesen 25 Vereinen haben nur 22 über ihre Resultate berichtet. Die Mitgliederzahl dieser Vereine betrug 13 040, und jetzt beträgt sie bei den 96 Vereinen 106 994 oder 93 954 mehr, das ist 7,22mal soviel! Verkaufsstellen waren es 41, jetzt sind es 278. Damals entfielen 317 Mitglieder auf eine Verkaufsstelle, jetzt 392! Die Beteiligung am konsumgenossenschaftlichen Großeinkauf betrug nur 216 200 Mk., jetzt 9 889 043 Mk., das ist um 9 672 843 Mk. mehr oder 44,7mal soviel! Die Eigenproduktion (Brotbäckerei) betrug nur 80 321 Mk., jetzt 4 099 937 Mk., das ist um 4 019 616 Mk. mehr, oder 50mal soviel! Der Verkaufspreis im eigenen Geschäfte betrug 2 045 795 Mk., jetzt 25 676 847 Mk., das ist um 23 631 052 Mk. mehr oder 11,5mal soviel! Das Lieferantengeschäft erreichte 1 168 785 Mk., jetzt 4 171 698 Mk., das ist um 3 002 913 Mk. mehr oder nur 2,57mal soviel. In diesem Geschäftszweig hatten manche Vereine früher größeren Umsatz als im eigenen Geschäfte. Der Reinüberschuß betrug 274 418 Mk. und jetzt 1 840 190 Mk., das ist 1 565 771 Mk. mehr oder 5,7mal soviel. Noch gewaltiger ist der Aufschwung in Nordwestdeutschland, wo allerdings die Vorbedingungen noch

---

Josephus in seiner jetzigen bescheidenen Stellung als „junger Mann" mit dreißig Schillingen Wochenlohn bleiben würde bis das Verschwinden der Banknoten eine Aufklärung fand, und ein jeder war insgeheim fest überzeugt, daß Josephus sich wirklich die Noten angeeignet, sie aber später aus Furcht vor Entdeckung entweder verbrannt oder sonstwie vernichtet hatte.

Harrys Augen fielen auf den Geldschrank, bei dessen Anblick ihm jener zerrissene Brief Bob Coppins auf dem Tisch des alten Maliphant einfiel, dessen unzusammenhängende Worte er plötzlich zu verstehen glaubte.

„Josephus", sprach er und wendete sich zu seinem Vetter, „gib mir doch einmal schnell Feder und Papier. Danke."

Er schrieb den Inhalt des Briefes nieder, wie er sich seiner aus dem Gedächtnis erinnerte:

„. . . meinem Vetter Josephus, daß er . . . ter dem Geldschrank das Bündel finden . . . . einen Spaß machen. Josephus ist ein Leisetreter. Ich hasse die Leute, die nicht trinken. Er wird . . . wenn er nachsieht. Ich trinke auf Dein Wohl, B. C."

Als er fertig war, überflog er den Brief von neuem, wobei ihm die jungen Kontoristen neugierig und mit einer gewissen Herablassung, die sich aus ihrer vermeintlich höheren Stellung erklärte, zuschauten.

„Josephus", flüsterte Harry, „erinnerst du dich deines Vetters Bob Coppin?"

„Natürlich. Aber ich mache dich darauf aufmerksam, daß jetzt Bureauzeit, und innerhalb dieser jede private Unterhaltung verboten ist."

„Es wird uns nicht gleich Kopf und Hals kosten, wenn wir uns einmal über das Verbot hinwegsetzen. Bitte, erzähle mir alles, was du von Bob weißt."

„Da ist nicht viel zu erzählen. Er war ein Trinker und Verschwender, das sagt alles." Josephus sprach im Flüsterton, da er die Schande der Familie nicht vor seinen Kollegen erörtern wollte.

„Pflegtest du freundschaftlichen Verkehr mit ihm?"

„Was du dir denkst. Ich hielt in jenen Tagen etwas auf meinen guten Namen und vermied deshalb jeden verdächtigen Umgang. Ich besuchte die Abendschule und ging Sonntags in die Kirche. Das hörte aber selbstverständlich mit dem Verlust der Banknoten auf, da der Ruf eines Mannes, der unter dem Verdacht des Diebstahls von vierzehntausend Pfund steht, für alle Zeiten vernichtet ist und er niemals hoffen kann, seinen ehrlichen Namen zurückzuerhalten. Ich hielt es daher für angezeigt, mich von allem zurückzuziehen, die Schule und die Kirche nicht ausgenommen."

(Fortsetzung folgt.)

Ein Erfinderschicksal.

Am 24. Februar starb in Wien ein Mann, dessen Namen den wenigsten Zeitgenossen bekannt sein dürfte, der aber unter glücklichen Umständen einer der populärsten Männer der Zeitgeschichte geworden wäre. Kreß war der Konstrukteur des ersten Apparates „Schwerer als die Luft". Zwar sind die Prioritätsfragen noch nicht einwandfrei gelöst, aber soviel steht fest, daß Wilhelm Kreß einer der ersten Pioniere der Flugtechnik gewesen ist. Er hat es erleben müssen, wie andere Erfinder, die Wrights, Blériot, Ettrich, Farman usw. in aller Munde leben, und daß einige von ihnen Reichtümer aus ihren Arbeiten gewannen. Er selbst aber ist vergrämt, verbittert, nach einem Leben herbster Enttäuschungen gestorben. Kreß war einer von denen, die etwas zu früh kamen. Denn die Frage des Fliegens ist bekanntlich in erster Linie die Frage des leichten Motors. Lilienthal war darin glücklicher. Er befaßte sich zuerst mit dem Problem der Flugmechanik, als der Motor noch nicht da war. Und hätte ihn nicht das Schicksal getroffen, wäre er nicht als Märtyrer der Wissenschaft und Technik gestürzt, so hätte dieser zielbewußte Mann die Konstruktion eines Flugapparates vollendet. Kreß hatte sie vollendet, aber leider war sein Motor zu schwer. Er sollte 200 Kilogramm wiegen und 40 Pferdestärken leisten, wog aber 380 Kilogramm und leistete nur 30 Pferdestärken. Jede Pferdekraft wog 13 Kilogramm, während sie bei den modernen Flugmotoren nur 1¼ bis 1¾ Kilogramm wiegt. Obwohl der Motor keine befriedigende Arbeit leistete, unternahm Kreß mit seinem Drachenflieger auf dem Tullnerbacher Reservoir Fahr- und Flugversuche. Bei einer raschen Wendung kippte der Apparat um, versank in das acht Meter tiefe Wasser und war verloren. Und während er zu neuer Arbeit Geld zu sammeln versuchte, während man seiner Tätigkeit spottete, begannen die Wrights, die Farman und Blériot ihre Siegesflüge. Als einzigen Trost konnte der schwergeprüfte Mann mit ins Grab nehmen, daß seine Ideen sich durchgesetzt hatten, daß er nicht umsonst gelebt und gewirkt hatte. Nachdem Kreß schon seit einigen Jahren durch einen Schlaganfall schwer behindert war, hat ihm nun der Tod im 77. Lebensjahr den wohlverdienten Frieden und die Ruhe gegeben.

Das erste freifliegende Modell.

Kreß hatte nach langwierigen Studien und Versuchen im Jahre 1877 das Modell eines Drachenfliegers fertiggestellt, das er „Aeroveloce" nannte. Es war nach heutigen Begriffen ein „Eindecker mit Zweischraubenantrieb"; die beiden Luftschrauben wurden durch angespannte Federn in Rotation versetzt. In jenen Jahren herrschte gerade in den technischen Kreisen die Anschauung, daß es ausgeschlossen sei, auch nur das kleinste Modell wirklich zum freien Flug zu bringen. Kreß erklärte, das angeblich Unmögliche zustande bringen zu können, und der Niederösterreichische Gewerbeverein lud ihn ein, nachdem ein sechsgliedriges Komitee das Drachenfliegermodell geprüft hatte, dieses im Rahmen eines Experimentalvortrages im großen Festsaal des Vereines vorzuführen. Am 15. März 1880 fand dieser erste öffentliche Vortrag von Kreß statt. Das Drachenfliegermodell flog direkt vom Tische hoch über die Köpfe des Auditoriums bis an die rückwärtige Wand, wo es mit dem Puffer anprallte, ohne jedoch den geringsten Schaden zu nehmen. Dann nahm Kreß den Modellapparat noch einmal vor, stellte das Seitensteuer ein und ließ ihn einen Kreisflug ausführen, der vollkommen gelang. Donnernder Applaus folgte diesem Experiment; der Saal war vom Publikum dicht besetzt, und die Aufregung war so groß, daß viele Herren sich auf die Bänke gestellt hatten, um besser zu sehen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

günstiger sind. Herr Verbandssekretär Vieth veröffentlicht darüber im „Konsumgenossenschaftlichen Volksblatt" folgendes: 81 Millionen Mark Umsatz im eigenen Geschäft — das ist das hocherfreuliche Ergebnis der Vereine des nordwestdeutschen Verbandes für das Geschäftsjahr 1912. Die Umsatzsteigerung gegen das Vorjahr beträgt 17 Millionen Mark, gleich 26,6 Proz. Zur Statistik haben 169 Konsumvereine und sechs Produktivgenossenschaften berichtet. Die 169 Konsumvereine zählten 264 305 Mitglieder, das ist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 30 096. Sie unterhielten in 385 selbständigen Orten 801 Verkaufsstellen. Der Durchschnittsumsatz per Verkaufsstelle betrug 94 880 Mk. Der Wert der in der Eigenproduktion hergestellten Waren belief sich auf 22 Millionen Mark. Im Jahre des Beitritts zum Zentralverbande deutscher Konsumvereine, 1908, zählte der Verband 120 Vereine mit 18 Millionen Mark Umsatz und heute 175 Vereine mit 81 Millionen Mark Umsatz. Das ist eine geradezu glänzende Entwicklung. Und dieses glänzende Resultat ist erzielt trotz steuerlicher Bedrückung der Konsumvereine, trotz gewaltsamer Abtreibung von Mitgliedern, die sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit befanden, wie staatliche und kommunale Beamte und Arbeiter und trotz einer geradezu niederträchtigen Bekämpfung und unablässigen Beschimpfung durch eine genossenschaftsfeindliche Presse und reaktionäre politische Agitatoren. Die genossenschaftliche Bewegung hat im Volke tiefe Wurzeln geschlagen; ihr gehört die Zukunft!

Der Konsumverein Pforzheim beschloß in der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 12 Prozent gegen 14 Prozent in den beiden Vorjahren. Im nächsten Jahre kann der Konsumverein sein 50jähriges Bestehen feiern.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 4. März.

Präsident Dr. **Kämpf** eröffnet die Sitzung um 1.05 Uhr.

Am Bundesratstisch ist Staatssekretär v. Tirpitz erschienen.

Auf die Frage der Abgg. **Gröber** (Zentr.) u. Gen. nach der Handhabung des Jesuitengesetzes gegenüber zwei Versammlungen in Württemberg erwidert

Ministerialdirektor **Caspar**: Der katholische Kirchenrat untersteht dem württembergischen Ministerium für Kirchen- und Schulwesen. Einstweilen liegt für den Reichskanzler keine Veranlassung vor, Vorstellungen bei dieser Behörde zu machen. (Aha! im Zentrum.) Uebrigens läßt sich ohne amtliche Ermittlungen, die von den zuständigen württembergischen Behörden anzustellen sind, nicht feststellen, ob das Vorgehen mit der Erklärung des Reichskanzlers vereinbar ist oder nicht.

Auf die Frage des Abg. Dr. **Paasche** (natl.) u. Gen. wegen der Konzessionserwerbung einer englischen Firma in Liberia erwidert

Geh.-Rat **Lehmann**: Die geplante erhebliche Ausdehnung der Konzession würde nach Art. 2 des deutsch-liberianischen Handelsvertrags ein nicht zulässiges Monopol bedeuten. Deshalb ist durch unseren Vertreter in Monrovia gegen die Erteilung der Konzession Verwahrung eingelegt worden. Nach den vorliegenden amtlichen Nachrichten ist der Konzession darauf die erforderliche Genehmigung nicht erteilt worden. Die Regierung wird die Angelegenheit im Auge behalten und eintretendenfalls sich die Interessen der Deutschen Liberias angelegen sein lassen. (Bravo!).

Darauf wird der Notetat an die Budgetkommission verwiesen.

In der fortgesetzten Debatte über den Marine-Etat führt beim Kapitel „Instandhaltung der Flotte und Werften"

Abg. **Giesberts** (Zentr.) aus: Wir müssen dafür sorgen, daß alle nach Schikane aussehenden Bestimmungen aus der Arbeitsordnung herauskommen, so die Bekämpfung der Sozialdemokratie mit kleinlichen Mitteln. Die bei der Besoldungsordnung und auch in der Lohnskala hervortretenden Härten müssen durch Aufbesserungen beseitigt werden. Wir müssen aber auch von den Privatbetrieben verlangen, daß sie dem guten Beispiel der staatlichen Betriebe folgen und sowohl Lohnaufbesserungen vornehmen, als auch durchweg Arbeiterausschüsse einrichten.

Abg. **Legien** (Soz.):

Wie kommt der Staatssekretär dazu, wenn er lediglich die sozialdemokratische Agitation bekämpfen will, diesen Teil der Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung zu Staatsbürgern zweiter Klasse zu machen? Wir sollten nicht dem Marineministerium jährlich Hunderte von Millionen ohne jedes Kontrollrecht bewilligen. Eine gewisse Lohnsteigerung ist nicht zu bestreiten.

Diese Steigerung entspricht aber nicht dem Maße, das notwendig gewesen wäre. Die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit ist eine dringende Notwendigkeit. Auch das Ueberstundenwesen muß beseitigt werden.

Abg. **Sir-Amberg** (Zentr.): Die süddeutsche Industrie sollte zu Lieferungen für unsere Schiffe mehr als bisher berücksichtigt werden. Bisher durften wir für Heer und Marine nur zahlen.

Geh. Rat **Harms**: Die süddeutschen Firmen werden gern mehr als bisher zu den Marinelieferungen herangezogen werden. Die auch sonst vorgebrachten Wünsche werden wohlwollend geprüft werden. Ein übergroßer Arbeiterwechsel ist bei uns nicht zu verzeichnen. Es trifft nicht zu, daß bei der Anstellung von Werftarbeitern, die auf Privatwerften tätig gewesen sind, Erkundigungen eingezogen werden. Agitation innerhalb des Dienstes können wir nicht dulden. Die Durchschnittslöhne sind bei uns höher als in der Privatindustrie. Die Ueberstundenverhältnisse scheinen sich auch in diesem Jahre gebessert zu haben. Dem Wunsche auf ungeteilte Arbeitszeit können wir aus betriebstechnischen Gründen nicht entsprechen.

Abg. **Giesberts** (Zentr.): Die Behauptung des Abgeordneten Legien, daß jeder intelligente Arbeiter auch Sozialdemokrat sei, grenzt an Großmannssucht.

Abg. **Brandes** (Soz.): Einzelne Löhne sind tatsächlich niedriger als bei der Privatindustrie.

Abg. **Legien** (Soz.): Mit der ungeteilten Arbeitszeit möge die Verwaltung nur einen Versuch machen. Sie wird sehen, daß die Arbeiter sich gut dabei stehen. —

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso eine Resolution der Kommission auf Schaffung eines freien Petitionsrechts der Beamten, Angestellten und Arbeiter in den Marinebetrieben, desgleichen eine Resolution auf Vorlegung einer statistischen Zusammenstellung für die Monatsstundenlöhne und die Akkordarbeiter. Bei einem späteren Titel wird eine Resolution angenommen, die Rücksichtnahme auf die Fischer in der Kieler Föhrde bei Schießübungen fordert. Der Rest der fortdauernden Ausgaben wird ohne erhebliche Debatte bewilligt, ebenso ein großer Teil der einmaligen Ausgaben, darunter auch 5 Millionen Mark für eine neue Kaiseryacht. Darauf werden auch die außerordentlichen Ausgaben und Einnahmen bewilligt. Damit ist die zweite Lesung des Marineetats beendigt. Ein Nachtragsetat für 1912 wird ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen. Es folgt die zweite Lesung des Kolonialetats.

Abg. **Henke** (Soz.):

Die Ansiedlungsmöglichkeit in unseren Kolonien ist nicht so groß wie unsere Kolonialphantasten glauben machen wollen. Wir dürfen nicht durch schwindelhafte Reklame arme Ansiedler mit falschen Hoffnungen erfüllen. Für größere Betriebe fehlt es an Absatzmöglichkeiten. In Kamerun drohen den Ansiedlern die schwersten Tropenkrankheiten. Der Zwang zur Arbeit ist den Eingeborenen nicht zuzumuten. Die Behandlung der Eingeborenen ist grundfalsch. Die Niedermetzelung so vieler Tausende von Eingeborenen nur zum Zweck, daß sich einige bereichern, kann nur als Menschenschlächterei bezeichnet werden. Von unseren Kolonialprodukten können wir uns einen erheblichen Gewinn nicht versprechen. Wir verurteilen die Ausbeutungspolitik der afrikanischen Farmer. Wir protestieren dagegen, daß der Staatssekretär gegen den Beschluß des Reichstages in der Mischehenfrage Sturm läuft, mit einem Wort, wir verurteilen die ganze Kolonialpolitik.

Nächste Sitzung: Mittwoch nachmittag 2 Uhr. Schwerinstag; Antrag auf Schaffung kleiner Garnisonen, Petitionen.

Schluß: halb 7 Uhr.

Kommunalpolitik.

Die Pforzheimer Schulen. Für ihre Schulen wendet die Stadtgemeinde Pforzheim ganz beträchtliche Summen auf. Der Zuschuß für die Volksschule beträgt fast eine Million Mark jährlich. Im vorigen Jahre waren 825 000 Mk. in den Voranschlag eingestellt, die nicht einmal ausreichten, da verschiedene Gehalte erhöht worden waren. Insgesamt sind die Ausgaben für die Volksschule in diesem Jahre auf 989 600 Mk. berechnet, wovon 956 400 Mk. von der Allgemeinheit getragen werden. Für die Oberrealschule sind 221 000 Mk., für die Höhere Mädchenschule 122 000 Mk. vorgesehen. Hierzu leistet allerdings der Staat beträchtliche Zuschüsse. Neben den Ausgaben für die Frauenarbeits-, Gewerbe- und Goldschmiedeschule sind auch die Ausgaben für die Handelsschule erheblich gestiegen. Insgesamt verursachen die Pforzheimer Schulen im Jahre 1913 rund 1 657 000 Mk. Ausgaben, das sind etwa 25 Prozent der Gesamtausgaben.

Die Pforzheimer Wasserkraftanlage. Der Bürgerausschuß genehmigte seinerzeit 14 000 Mk. zur Erlangung von Entwürfen und Ausführungsangeboten für die geplante Wasserkraftanlage am Kupferhammer. Das Preisgericht zur Begutachtung der Entwürfe tagte am vergangenen Samstag und kam zu dem Ergebnis, daß keiner derselben derart ausgefallen sei, um ohne wesentliche Aenderungen zur Ausführung empfohlen werden zu können. Es wurde deshalb von der Erteilung des ersten Preises mit 100 Mk. abgesehen. Die Entwürfe der Firmen Grün und Bilfinger, Maurer u. Colli sowie Dyckerhoff u. Widmann wurden als zur Bearbeitung geeignet bezeichnet.

= **Die Stadtverordnetenwahlen in Lahr** gaben der „Offenb. Ztg." Anlaß zu bemerken, die Sozialdemokraten seien von dem Ergebnis sehr enttäuscht gewesen. Nun die Sozialdemokratie Lahr kann zufrieden sein. Freilich mehr als 16 Sitze wäre noch besser gewesen. Aber warum hat die Zentrumspresse kein Tadel dafür, daß der großen Arbeiterschaft Lahrs nur die Mittagspause zum Wählen zur Verfügung stund? Gestern, Dienstag, gewann die zweite Klasse auch noch 4 Sitze, hat also jetzt schon 20 gegen seither 16. Vielleicht tröpfelts in der ersten Klasse auch noch ein bisserl. — Heute, am Wahltag, gabs zur Wahlerregung noch die Erregung eines großen Feueralarms. Im Reichswaisenhaus war durch einen Knaben ein gewaltiger Kellerbrand entstanden. Hunderte Wellen Holz und Anderes sind verbrannt. Der Schaden ist erheblich. Feuerwehr und Militär waren in schwerer Arbeit.

Bürgermeisterwahlen. Bei der Bürgermeisterwahlen in Rappenau wurde der seitherige Bürgermeister P. Freudenberger mit großer Mehrheit wiedergewählt. Bürgermeister Freudenberger versieht sein Amt seit 18 Jahren. — Bei der Bürgermeisterwahl in Kirchardt wurde im dritten Wahlgang Gemeinderat Bucher gewählt.

Umgestoßene Bürgermeisterwahl. Wie seinerzeit gemeldet wurde, ist die Wahl des zum Bürgermeister gewählten Gastwirts Kiefer in Honau angefochten worden. Die Sache beschäftigte in letzter Instanz den Verwaltungsgerichtshof in Karlsruhe, der die Wahl für ungültig erklärte.

Aus dem Lande.

Durlach.

— **Tot aufgefunden.** Unter dieser Spitzmarke berichteten wir am Montag, daß letzten Samstag nachmittag der Eisendreher Wilhelm Schaber im Bergwald tot aufgefunden wurde und daß die Todesursache erst durch genaue ärztliche Untersuchung festgestellt werden könne. Die Sektion hat nun ergeben, daß lediglich ein Lungenschlag die Todesursache war.

— **Der dieswöchentliche Frauenleseabend** findet heute Mittwoch abend ½9 Uhr im „Krokodil" (Nebenzimmer) statt. Wir bitten die Genossinnen und auch andere Frauen, die sich für unsere Bestrebungen interessieren, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

— **Die Schrebergärten,** deren Anlegung auf Grund eines Antrags der sozialdem. Gemeinderatsmitglieder vor kurzem beschlossen wurde, sind nunmehr fertiggestellt und sollen demnächst zur Verpachtung ausgeschrieben werden. Wir möchten besonders die Interessenten aus Arbeiterkreisen, in deren Interesse in erster Linie diese Einrichtung geschaffen wurde, darauf ganz besonders aufmerksam machen.

— **Das Preisgericht,** das die Entwürfe für den Schulhausneubau zu prüfen hat, wird am kommenden Samstag zusammentreten. An Stelle des verhinderten Herr Prof. Moser wird Herr Architekt Kurjel-Karlsruhe als weiterer Sachverständiger beigezogen.

Bruchsal.

— **Frauentag.** Die am Sonntag abend anläßlich des Frauentags stattgefundene Versammlung war gut besucht. Genosse Martzloff-Freiburg referierte. Der gemischte Chor des Arbeitergesangvereins brachte ein Lied zum Vortrag. Einige Aufnahmen in die Partei war das Ergebnis der anregend verlaufenen Versammlung.

— **Ein Lichtbildervortrag** findet am Donnerstag abend ½8 Uhr im Fortunasaale statt. Das Thema lautet: „Ein Besuch der Siemens-Schuckert-Werke". Wer einmal einen Blick in einen der modernen Großbetriebe der elektrischen Industrie werfen will, der möge erscheinen. Eintrittskarten sind zu 20 Pfg. erhältlich.

— **Der älteste Bürger gestorben.** Am Montag ist unser ältester Mitbürger, Herr Geh. Regierungsrat a. D. Lumpp, zur ewigen Ruhe eingegangen, nachdem er am Tage zuvor sein 92. Lebensjahr vollendet hatte. Der Verstorbene war längere Jahre Amtsvorstand in Durlach, von wo er vor mehr als 30 Jahren hierher übersiedelte, um seinen Lebensabend in der Nähe seines Sohnes, des Herrn Medizinalrat Dr. Lumpp, zubringen zu können.

Offenburg.

L. **Die Bautätigkeit** wird sich hier in diesem Jahre erfreulicherweise wieder etwas lebhafter entfalten, als es in den letzten Jahren der Fall war. Etwa 15 Häuser werden auf dem sogen. Nußbuckel oberhalb des neuen Krankenhauses erstellt. Die Pläne liegen schon zur Genehmigung vor. Eine Vereinbarung mit der Stadt, den außergewöhnlichen Aufwand für Straßenanlagen, Wasser- und Gasleitung, sowie Kanalisation mit 4 Proz. zu verzinsen, ist schon zustande gekommen. Jedes Haus in jenem schön gelegenen Baugebiet umfaßt mit Garten ein Gelände von 8 Ar. Ebenso dürfte noch die neugegründete Gartenstadt-Baugenossenschaft bald an der Bühlerstraße zum Bau einer größeren Anzahl Häuser gelangen. Die Vereinbarung wegen des besonderen Aufwandes wird hoffentlich bald mit der Stadt ebenso zustande kommen, wie bei den Bauten am Nußbuckel. Das neue Oberrealschulgebäude wird ebenfalls in Angriff genommen werden und außerdem noch mehrere Privatbauten.

L. **Das Proletarierlos** hat uns auch wieder einen langjährigen treuen Genossen entrissen. Valentin Decker, der 13 Jahre in der Brauerei Mundinger Knecht war, starb an Tuberkulose. Er wurde am Dienstag nachmittag zu Grabe getragen. Wir werden ihm ein treues Gedenken bewahren.

Durmersheim, 4. März. „Ist Gottesanbetung Religion", oder „Eine Antwort auf den Fastenhirtenbrief des Erzbischofs Dr. Nörber in Freiburg" ist das Thema eines öffentlichen Vortrags, den der Deutsche Freidenkerbund E. V., Ortsgruppe Karlsruhe, am Sonntag den 16. März ds. Js., nachmittags 3 Uhr, im Saale des Gasthauses zum „Kreuz" hier abhalten wird. Referent ist der bekannte Geschäftsführer des Deutschen Freidenkerbundes, Herr P. Schmal aus München. Die Ortsgruppe hat im Hinblick auf die hohen Kosten des Vortrags Eintrittskarten à 20 Pf. im Vorverkauf ausgegeben und sind solche zu haben im Gasthaus zum „Kreuz", Gasthaus zum „Hirschen" und bei Friseur Dürr hier. Da die Nachfrage nach diesen Karten eine sehr rege ist, so tut ein jeder gut, sich beizeiten eine solche zuzulegen, um sich ein Plätzchen zu sichern.

k. **Weingarten,** 3. März. Zwei größere Festlichkeiten finden dieses Jahr hier statt: an Pfingsten das Kreisfest des Athletenverbandes, wobei die Meisterschaften von Baden zum Austrag gebracht werden, und am 24. Mai das 50jährige Stiftungsfest der Freiwilligen Feuerwehr, verbunden mit Gaufest des Pfinzgaues.

* **Pforzheim,** 4. März. Gestern nachmittag erschoß sich im Stadtteil Dillweißenstein mit seinem Jagdgewehr der 27 Jahre alte Bijouterietechniker Max Theodor Trautz, ein Sohn des Maschinenfabrikanten K. A. Trautz. Was den jungen Mann zur Tat veranlaßt haben sollte, ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden.

* **Niefern,** 4. März. Auf der Landstraße von hier nach Oeschelbronn fand gestern der Goldarbeiter Th. Fuchs eine Brieftasche mit 870 Mk. Papiergeld. Er meldete seinen Fund auf dem hiesigen Rathause an, wo sich bald darauf der Viehhändler A. Kessel einstellte, der die Brieftasche verloren hatte.

* **Ispringen,** 4. März. In dem der Brauerei Ketterer gehörenden Wirtschaftsanwesen zum „Hirsch" brach heute nacht ein Brand aus, der das Wohnhaus samt Scheuer zerstörte.

* **Aasen,** 4. März. Die Staatsanwaltschaft hat auf die Ermittelung des Brandstifters, der in der Nacht vom 20. auf 21. Februar das Anwesen des Landwirts Buck in Brand steckte, eine Belohnung von 300 Mk. ausgesetzt.

* **Murg,** 4. März. Unter dem Verdachte, den Offenbarungseid falsch geleistet zu haben, wurde ein hiesiger, 70 Jahre alter Mann verhaftet.

* **Kandern,** 4. März. Gestern geriet der 24 Jahre alte E. Höferlin von Tannenkirch beim Steinführen unter sein Fuhrwerk. Die Räder gingen dem jungen Manne über den Hals. Der Tod des Schwerverletzten trat nach wenigen Augenblicken ein.

* **Hügelheim,** 4. März. Seit letzten Sonntag wird der Landwirt K. Beyer vermißt. Er machte nachmittags einen Spaziergang nach Britzingen und ist von da an verschwunden. Alle Nachforschungen nach dem Verbleib des Mannes waren bisher erfolglos. Man nimmt an, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 5. März

Maßnahmen gegen die Fleischteuerung.

Da die Preise für holländisches Vieh in der letzten Zeit erheblich gestiegen sind und nach Ansicht der städtischen Schlachthofdirektion auch keine Aussicht besteht, daß die Preise für inländisches Vieh zurückgehen, im Gegenteil mit einer weiteren Steigerung zu rechnen ist, hatte der Stadtrat auf Vorschlag der Schlachthofdirektion die Einfuhr von Schlachtvieh aus Irland, das solches in reichlicher Menge und guter Beschaffenheit aufweist, in Aussicht genommen und zu diesem Zwecke bei Großh. Ministerium des Innern beantragt, es möge Nachsicht von dem Verbote der Durchfuhr von Wiederkäuern und Schweinen aus England bewilligen und beim Königl. Preußischen Landwirtschaftsminister die Genehmigung zur Durchführung durch Preußen erwirken. Das Großh. Ministerium teilte nun mit, daß der Königl. Preußische Landwirtschaftsminister sich mit der Zulassung der Ein- und Durchfuhr von Schlachtvieh aus Irland nicht einverstanden erklären könne, weil noch vor kurzem Fälle von Maul- und Klauenseuche in Irland festgestellt und in letzter Zeit in einer großen Anzahl von Fällen die Seuche von Irland nach England verschleppt worden sei. Unter diesen Umständen lehnt auch das Großh. Ministerium des Innern die erbetene Nachsichterteilung von dem Einfuhrverbot ab.

Generalversammlung der Bauarbeiter.

Am Sonntag, 2. März, vormittags 9 Uhr, fand im dichtbesetzten Kolosseumsaale die diesjährige Generalversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Karlsruhe, statt. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe, 3. Neuwahl des Zweigvereinsvorstandes, 4. Die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells.

Ueber das Geschäfts- und Kassenwesen wurde seitens des Vorstandes ein gedruckter Bericht an die Mitglieder verteilt. Es war deshalb seitens des Vorsitzenden Philipp nur notwendig, einige Ergänzungen zu machen. Vor allem wies er darauf hin, daß die Mitgliederzahl im Berichtsjahr 3256 gegen 2293 am Schluß des Jahres 1911 beträgt. Diese Mitglieder verteilen sich auf 59 Zahlstellen und 3 Sektionen. Neuaufnahmen gab es im Berichtsjahr 2226. Dieser großen Zahl ist es zuzuschreiben, daß im Bureau zeitweilig eine Aushilfe notwendig geworden war. Die Ausgaben für diese Aushilfe betrugen 1081,99 Mk. Redner betonte, daß mit dem Anwachsen der Organisation in Bezug auf Mitgliederzahl die Verwaltungskosten höher geworden wären, daß dies aber nicht zum Schaden, sondern zum Vorteil für die Organisation zu verzeichnen sei. Während vor 10 Jahren die Bauarbeiterorganisation im Bezirk Karlsruhe noch in den Kinderschuhen steckte, muß heute festgestellt werden, daß sie zu einer der stärksten Organisation herangewachsen ist. Dadurch haben auch die Bauarbeiter bei den Gegnern der Arbeiterklasse an Ansehen gewonnen. Es ist schon wiederholt von jener Seite zugegeben worden, daß die Bauarbeiter durch ihre Organisation in jeder Beziehung an Achtung ganz bedeutend gewonnen habe. Dies ist auch bei dem Verkehr mit den Behörden in allen Fällen zu beobachten. Während früher um Eingaben irgend welcher Art die Behörden sich sehr wenig gekümmert haben, muß heute zugegeben werden, daß alle Eingaben und insbesondere Beschwerden, die Bauarbeiterschutzbestimmungen betreffend, in verhältnismäßig kurzer Zeit beantwortet und berücksichtigt werden. Hinsichtlich der agitatorischen Tätigkeit führte Philipp an, daß man

im Berichtsjahr davon Abstand genommen habe, in weiter entfernten Gebieten Agitation zu treiben, weil gerade in Karlsruhe und Durlach in dieser Beziehung sehr viel gearbeitet werden mußte. Die Zahl der Neuaufgenommenen erstreckten sich auch mit wenigen Ausnahmen auf solche Kollegen, die in den beiden Städten beschäftigt waren. Aus diesem Grunde waren auch die Kosten für Agitation verhältnismäßig gering. Redner schloß mit der Versicherung, daß der Zweigvereinsvorstand überzeugt sei, seine Pflichten in jeder Beziehung erfüllt zu haben, daß er aber auch nicht unfehlbar sei; die Kollegen mögen dort, wo Kritik notwendig ist, diese üben.

Der Zweigvereinskassier Krebs gab einzelne Erläuterungen zum Kassenbericht. Im Berichtsjahr ist für die Hauptkasse eine Einnahme von 68 479,85 Mk. und für die Zweigvereinskasse eine solche von 37 973,08 Mk. zu verzeichnen. Der Kassenbestand in der Zweigvereinskasse beträgt 18 703,72 Mk. gegen 6006,02 Mk. am Schlusse des Jahres 1911. Also eine Zunahme von 12 697,70 Mark. Die Gelder sind auf der städtischen Sparkasse und auf der Süddeutschen Diskontobank angelegt. Den Bericht der Revisoren gab Kollege Lichtenwalter. Die Kasse ist siebenmal revidiert und immer in schönster Ordnung angetroffen worden. An der Diskussion zum Geschäfts- und Kassenbericht beteiligten sich die Kollege Lichtenwalter, Jahraus, Pfeifer, Höll, Schaaf, Ott und Deck. Dem gesamten Zweigvereinsvorstand wurde sodann Entlastung erteilt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Philipp. Er führte aus: Im Zweigverein Karlsruhe laufen am 31. März d. J. sämtliche mit nicht organisierten Arbeitgebern abgeschlossene Tarifverträge ab und sind diese teils durch die Arbeitgeber, teils durch uns gekündigt worden. Was nun die im Jahre 1910 zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Verbänden der Arbeitgeber abgeschlossene Tarifverträge anbelangt, so laufen diese am 31. März, ohne daß sie gekündigt werden brauchen, ab. Die Tarifverhandlungen haben bereits begonnen am 29. Dezember in München und wurden dann am 21. und 22. Januar und am 24. Februar in Berlin weitergeführt. In München war es der Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner von München, der den Vorsitz führte. In den Verhandlungen in Berlin waren es drei Unparteiische und zwar die Herren Dr. Brenner, Magistratsrat v. Schulz-Berlin und Beigeordneter Rath-Essen. Als Vertreter des Arbeitgeberbundes waren die Herren Enke, Holst, Noak, Langelott, Popp, Behrens, Lüscher, Fellermeier, Wolfram und Dr. Froehner anwesend. Von dem Deutschen Bauarbeiterverband waren außer dem Zentralvorsitzenden Päplow noch sieben, von dem Verband der Zimmerer drei und vom Verband christlicher Bauarbeiter sieben Vertreter erschienen. Bei den Verhandlungen wurde ausdrücklich seitens unserer Vertreter darauf hingewiesen, daß in dieser Weise, wie dies im Jahre 1910 geschah, in diesem Jahre nicht verhandelt werden kann und zwar deshalb nicht, weil die Arbeiter das Komödienspiel von 1910 nicht wieder mitmachen. Damals sei vom Arbeitgeberverband an die Unterverbände die Parole herausgegeben worden: „Verhandeln müßt ihr, aber bewilligen dürft ihr nichts. Ihr kommt zusammen, hört das an, was die Arbeiter euch sagen, horcht sie ordentlich aus, und dann schreiben wir alles nach Berlin an die Zentralstelle und das Schiedsgericht wird schon helfen". Mit aller Bestimmtheit wurde betont, daß die Arbeiter bereit seien, wegen eines neuen Tarifes zu verhandeln, daß aber die Verhandlungen anders wie 1910 geführt werden müßten. Unter keinen Umständen werden sich die Arbeiter darauf einlassen, erst ein Vertragsmuster herzustellen. Ueber letzteres kann in diesem Jahre erst dann verhandelt werden, wenn der Arbeitgeberbund auf der ganzen Linie eine allgemeine Lohnerhöhung garantiert. Daneben müßte den Bezirks- und den Ortsorganisationen durch den Bund vollste Freiheit gewährleistet werden, noch darüber hinauszugehen. Diese Forderung sei damit begründet, daß diese Löhne, die uns 1910 zugebilligt worden sind, lange nicht den Lebensverhältnissen entsprechen. Es waren dies 5 Pf. in drei langen Jahren. Seit dieser Zeit sind die Preise für alle Lebensmittel, für alle Gebrauchsgegenstände ganz gewaltig gestiegen und weiß man heute noch nicht, ob wir auf der Höhe angekommen sind. Aber auch in Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit muß den Orts- und Bezirksverbänden der Arbeitgeber seitens des Bundes freie Hand gelassen werden, denn eine Arbeitszeitverkürzung sei ebenso notwendig wie eine Lohnerhöhung. Redner betonte dabei, daß es seit Jahren der Wunsch der Bauarbeiter des Zweigvereins Karlsruhe sei, eine Arbeitszeitverkürzung zu bekommen, weil ein großer Teil der Kollegen täglich 14 bis 17 Stunden unterwegs sein muß. Auch andere Bestimmungen des Vertrages müssen geändert werden, insbesondere solche bezüglich der Akkordfrage. Durch die jetzige Klausel versuchen die Arbeitgeber fortgesetzt auch in solchen Orten, wo Akkordarbeit vor 1910 nicht üblich war, solche einzuführen. Dagegen müssen wir uns wehren und muß der Organisation das Recht vertraglich eingeräumt werden, daß sie in dieser wichtigen Frage mit zu entscheiden hat, ob im Akkord gearbeitet wird oder nicht. Alles in allem kann gesagt werden, daß diese Anregungen, seitens unserer Vertreter bei den Herren des Bundes ohne Wirkung geblieben sind. In folgenden Erklärungen hat Baurat Enke den Beweis erbracht, daß der Arbeitgeberbund wieder versucht, die Verhandlungen in die gleichen Bahnen wie im Jahre 1910 zu lenken und daß er es ablehnt, die Garantie für eine allgemeine Lohnerhöhung zu geben. Er führte am 29. Dezember 1912 in München aus:

„Ich habe folgende Erklärung abzugeben: Sollten sich die Bezirksverbände des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe mit den Bezirksvertretungen der Arbeitnehmerorganisation auf örtliche Lohnerhöhungen einigen, so will die Bundesleitung dem nicht entgegentreten. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ist jedoch nicht in der Lage, die verlangte Garantie für eine allgemeine Lohnerhöhung zu übernehmen, kann auch keine allgemein Anweisung auf Lohnerhöhung geben. Um Verhandlungen in den Bezirken überhaupt zu ermöglichen, hält es der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe für unerläßlich, daß der Hauptvertrag, einschließlich Vertragsmuster zwischen den Zentralverbänden vorher festgelegt wird. Sollten sich der Vereinigung des Hauptvertrages unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, so ist der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bereit, den jetzigen Vertrag bis zum 31. März 1916 unverändert zu verlängern."

Und weiter erklärte er:

„Wir sind der Meinung, daß da, wo eine Arbeitszeitverkürzung stattfindet, natürlich ein Lohnausgleich, der die verkürzte Arbeitszeit in derselben Weise bezahlt wie früher die längere, nicht stattfinden kann. Wir sind der Meinung, daß die Arbeit bezahlt wird und nicht die Zeit. Wir lehnen das also ab und werden unsere Bezirksverbände nicht anweisen, da, wo sie etwa den Verhältnissen angemessen die Arbeitszeit verkürzen, dann einen Lohnausgleich einführen."

Nach allem diesem sieht es beinahe fest, daß es ausgeschlossen ist, bis 1. April einen neuen Tarifvertrag abschließen zu können und wird es abzuwarten sein, was uns die Zukunft bringt. Sollte es also im April zu einem Tarifabschluß nicht kommen, dann ist es unsere Aufgabe, den Herren Arbeitgebern den Beweis zu erbringen, daß die Bauarbeiter heute stark genug sind, auch ohne Vertrag arbeiten zu können. Damit soll aber unter keinen Umständen gesagt sein, daß wir Gegner des Tarifvertrages wären, o nein! Wir sind Freunde des Tarifvertrages; wir müssen es aber ablehnen, einen Vertrag abzuschließen, der uns nichts bringt, der den gegenwärtigen teuren Lebensverhältnissen nicht Rechnung trägt. Darum Kollegen! Mögen die Dinge an uns herankommen wie sie wollen, wir sind gerüstet. Ausdrücklich sei es hier ausgesprochen: Wir freuen uns, wenn der Friede erhalten bleibt. Wir sind Freunde des Friedens. Sollte es aber zum Kampf kommen, dann werden auch die Bauarbeiter in Karlsruhe wieder ihren Mann stellen.

Brausender Beifall lieferte den Beweis, daß die Bauarbeiter mit ihrem Zweigvereinsvorsitzenden einer Meinung sind und wurde auch dieserhalb von einer Diskussion Abstand genommen.

Im 3. Punkt wurden die Neuwahlen vollzogen. Es wurden gewählt: Philipp zum 1. Vorsitzenden gegen 1 Stimme, Krebs einstimmig zum Kassier, J. Burkart-Mörsch zum 2. Vorsitzenden, Zeller-Karlsruhe zum 2. Kassier, J. Reisch-Pforzh zum Schriftführer. Als Revisoren wurden die Kollegen Lichtenwalter-Karlsruhe, Wilh. Höll-Daxlanden und Leopold Ott-Teutschneureut gewählt.

Der 4. Punkt wurde von der Tagesordnung infolge vorgeschrittener Zeit abgesetzt und beschlossen, jeder Zahlstelle den gedruckten Bericht des Gewerkschaftskartells und des Arbeitersekretariats zuzustellen. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Kollege Philipp munterte in seinem Schlußwort die Kollegen noch einmal auf, nicht nur fest zur Organisation zu stehen, sondern auch mitzuhelfen, den letzten Bauarbeiter für die Organisation zu gewinnen.

Mitteilungen aus der Stadtratssitzung

Veräußerung von Baugelände beim neuen Hauptbahnhof. Beim Bürgerausschuß wird die Zustimmung dazu beantragt, daß von dem städtischen Baugelände Ecke Ettlinger Straße und der projektierten Straße „Am Stadtgarten" etwa 1017 Quadratmeter an einen hiesigen Architekten zum Preis von 65 Mk. für den Quadratmeter und von dem Baugelände an der Ostseite des neuen Bahnhofplatzes 1478 Quadratmeter an die „Hotel-Baugesellschaft m. b. H." dahier zum Preise von 80 Mk. für den Quadratmeter veräußert werden.

Von der Straßenbahn. Der Gemeinderat Aue bei Durlach hat angeregt, die städtische Straßenbahn von Durlach nach Aue fortzuführen. Nach der Berechnung des städtischen Straßenbahnamts würde die Linie einschließlich der Beschaffung zweier Motorwagen einen einmaligen Kostenaufwand von 119 500 Mk. und jährliche Betriebsausgaben von 20 700 Mk. erfordern, denen nur geringe Erträgnisse gegenüberstünden, so daß eine Rente nicht zu erwarten wäre. Der Stadtrat ist daher zurzeit nicht in der Lage, der Anregung eine weitere Folge zu geben.

Verlegung der Handelsschule. In dem derzeitigen Gebäude der städtischen Gewerbeschule, Zirkel Nr. 22, soll nach Fertigstellung des Schulhaus-Neubaues am Lidellplatz die städtische Handelsschule untergebracht werden.

Grundstücksankauf. Das Grundstück Lagerbuch Nr. 1914 Durlacher Straße 27, samt darauf stehendem Wohngebäude soll zum Preise von 10 000 Mk. vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses für die Stadtgemeinde erworben werden. Es ist beabsichtigt, das Haus niederzulegen und das Grundstück mit dem angrenzenden städtischen Bauplatze zu vereinigen.

Erweiterung des städtischen Kabelnetzes. Für die Verlegung elektrischer Kabel in der Sofienstraße und in der Nuitstraße zum Anschluß weiterer Grundstücke an das städtische Elektrizitätswerk werden 2950 Mk. aus dem zur Verfügung stehenden Kredit bewilligt.

Oeffentliche Uhren. Infolge des Umbaues der früheren Gutschstraße, eines Teils der Neuen Bahnhofstraße, ist die alsbaldige Versetzung der öffentlichen elektrischen Uhr an der Einmündung dieser Straße in die Karlstraße nötig. Auf Antrag des elektrotechnischen Amtes wird beschlossen, die Uhr an die Einmündung der Kurvenstraße in die Karlstraße, und zwar vor die Spitze der dort zusammenlaufenden Gehwege zu versetzen.

Freier Stadtgarteneintritt. Freier Eintritt in den Stadtgarten wird bewilligt den Teilnehmern an der Generalversammlung der Krankenzuschußkasse des Badischen Eisenbahnerverbandes für Sonntag, 2. März ds. Js., von nachmittags 4 Uhr an, den Teilnehmern des 15. Bundesfestes des Badischen Stenographenbundes Stolze-Schrey für Sonntag, 1. Juni ds. Js., nachmittags.

Eine Besprechung zwecks Schaffung einer Ecke für Sport und Körperpflege im „Volksfreund" fand letzten Donnerstag in der „Gambrinushalle" statt. Neben einer Vertretung der Redaktion hatten sich zahlreiche Vertreter der Karlsruher Sportsvereine und solche aus den Vororten und Durlach eingefunden. In der eingehenden Aussprache wurde die Schaffung einer solchen Rubrik allgemein für zweckmäßig und notwendig gehalten. Zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit wurde eine Kommission gewählt, die in Gemeinschaft mit der Redaktion weitere Schritte tun soll.

Der Verein Karlsruher Presse hielt Montag abend im Restaurant „Eckschmitt" seine diesjährige Generalversammlung ab. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: der bisherige erste Vorsitzende, Chefredakteur C. Amend (Karlsruher Zeitung) wurde wiedergewählt, stellvertretender Vorsitzender wurde Chefredakteur Dr. Rathje (Bad. Landesbote), Kassierer blieb Redakteur Ehret, Herausgeber der Bad. Korrespondenz, Schriftführer blieb Redakteur Stolz, Herausgeber der Oberrh. Korrespondenz. Zu Beisitzern wurden wiedergewählt die Herren Chefredakteur Meyer (Bad. Beob.), Redakteur Binder (Bad. Landesztg.), Chefredakteur Herzog (Bad. Presse), Chefredakteur Kolb (Volksfreund), Redakteur Gerhardt (Karlsr. Tagblatt). In den Vorstand kooptiert wurden die Herren O. E. Sutter, Vertreter der Frankfurter Zeitung und Generalsekretär Schmidt, Redakteur der Badischen Warte. — Die Generalversammlung, bei der noch eine Reihe anderer für den Beruf wichtiger Fragen erledigt wurde, war ein neuer Beweis für die Einmütigkeit, die die Karlsruher Presse und ihre Vertreter beseelt.

Der Deutsche Werkbund, Bezirk Oberrhein (Baden) hielt letzten Samstag im „Krokodil" eine Versammlung ab, die sich mit der deutschen Werkbund-Ausstellung in Köln beschäftigte. Bürgermeister Rehrose aus Köln referierte über die Ausstellung, er gab ein übersichtliches Bild über dieselbe, sie soll zeigen, was die deutsche gewerbliche Arbeit im Zusammenhang mit der Kunst zu leisten vermag; Der vom Deutschen Werkbund vertretene Gedanke der Durchgeistigung und Veredlung der deutschen Arbeit durch die Steigerung der Qualität und die Entwicklung der Form ihrer Erzeugnisse soll zu sinnfälligem Ausdruck gebracht werden. Die Ausstellung trägt internationalen Charakter. In der sich anschließenden Aussprache wurde auch die Frage der Beteiligung badischer Künstler aufgegriffen. Eine staatliche Unterstützung konnte von dem anwesenden Regierungsvertreter nicht in Aussicht gestellt werden, da die Regierung durch die Karlsruher Jubiläumsausstellung wohl zu stark in Anspruch genommen werde.

Jugendliche Schwindlerin. Auf betrügerische Weise erschwindelte sich ein 16 Jahre altes Dienstmädchen aus Straßburg bei einem Hausbewohner, angeblich für seine Dienstherrschaft, ein Darlehen von 20 Mk. und brannte damit durch.

Wegen Sachbeschädigung wurde ein Schuster aus Untersheffleng vorläufig festgenommen, weil er in der Kronenstraße an einem fremden Fahrrad einen Schlauch zerschnitt.

Diebstähle. In den letzten Tagen stahl ein 12 Jahre alter Knabe in mehreren Geschäften Gegenstände im Werte von 19 Mk., die er teils an Mitschüler veräußerte. — Aus einer Mansarde im Hause Sofienstr. 91 stahl am 1. ds. Mts. mittelst Nachschlüssels ein Unbekannter 6 verschiedenfarbige, seidene, gestrickte Selbstbinder-Krawatten im Werte von 15 Mk. — Am 3. ds. Mts. wurde im Hause Mathystr. 9 eine Mansarde mittelst Nachschlüssels geöffnet, ein Schrank erbrochen, alles durchwühlt, aber nichts gestohlen. Der Täter scheint es nur auf Bargeld abgesehen zu haben, da er eine goldene Uhr unberührt ließ.

Der Diebstahl in der Bismarckstraße, bei dem etwa 200 Mk. in bar und Schmuckgegenstände im Betrage von beinahe 900 Mark gestohlen wurden, wurde aufgeklärt und die gestohlenen Sachen größtenteils wieder beigebracht. Unter Zuhilfenahme des Polizeihundes Bella — Führer Wachtmeister Schuhmacher — wurde das 19 Jahre alte Zimmermädchen der bestohlenen Dienstherrschaft als Täterin ermittelt und vorläufig festgenommen. Ferner wurde festgenommen: eine verheiratete Putzfrau von hier, welche dem Zimmermädchen Beihilfe leistete.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Im Motorboot quer durch Afrika. Einen interessanten und sehr lehrreichen Vortrag hielt letzten Donnerstag im Museumssaale Herr Oberleutnant Graetz. Herr Graetz hat Afrika im Automobil und im Motorboot durchquert und zeigte nun in gut gelungenen kinematographischen Aufnahmen und Lichtbildern Land und Leute des dunklen Erdteils. Die Bilder zeigten, welchen Strapazen die Reisenden ausgesetzt waren, viele Gegenden betrat Herr Graetz als erster Weißer. Sein weißer Begleiter, ein Franzose, wurde von einem Büffel getötet, er selbst schwer verletzt. Als Ergebnis seiner Forschungen stellte Herr Graetz fest, daß es ihm gelungen sei, den Chambesi als Quellfluß des Kongo nachzuweisen. Auch das neue deutsche Kolonialland Neu-Kamerun hat er durchquert und gab über dieses Land sehr interessante Aufschlüsse. Als nächste Aufgabe hat sich der Vortragende vorgenommen, eine Luftschiffahrts-Expedition zur Erforschung von Neu-Guinea auszurüsten, zu deren Gunsten auch der Vortrag abgehalten wurde.

Konzert Helene Junker. Im Museumssaale Karlsruhe gab Freitag abend Frau Helene Junker ein Konzert, dem sie ein sehr geschmackvoll zusammengestelltes Programm zu Grunde gelegt hatte. Die Sängerin verfügt über eine schöne, kräftige Stimme, die eine weit vorgeschrittene Schulung aufweist. Die Leonore-Arie aus „Fidelio" gelang ihr ganz ausgezeichnet, ebenso herzlich und innig wußte sie einige Lieder von Schumann auszugestalten. Auch die Lieder einiger anderer Komponisten fanden in Frau Junker eine feinsinnige, ausdrucksvoll gestaltende Interpretin. Ihr Gatte, Herr Dr. Junker, trug durch seine treffliche Begleitung am Flügel ebenfalls einen guten Teil zum schönen Gelingen des Abends bei. W.

Arbeiterbildungsverein. Sonntag, 9. März, mittags halb 2 Uhr, findet im Hoftheater als Volksvorstellung eine Aufführung von „Kolberg" von Paul Heyse statt. Die Kartenausgabe an die Mitglieder erfolgt Donnerstag, 6. März, abends von ½9 Uhr an im Hause des Vereins.

Wilhelm Bölsche, dessen berühmtes Buch „Liebesleben in der Natur" das verbreitetste, populär-wissenschaftliche Werk unserer Zeit ist, verdankt seine außerordentliche Beliebtheit bekanntlich der ganz eigenartigen Vereinigung von hinreißendster Rednergabe, tiefstem wissenschaftlichen Ernst und vollendeter dichterischer Form seiner Schriften und Vorträge, deren Sprachschönheit unerreicht ist. Daher ist auch das Interesse für seinen einzigen diesjährigen Vortrag am 6. März im Museumssaal ein ganz außergewöhnliches. Karten bei Fr. Doert, Hofmusikalienhandlung, Kaiserstraße 159, Eingang Ritterstraße.

Neues vom Tage.

Ein Torpedoboot gesunken.

Helgoland, 5. März. Heute nacht ist das Torpedoboot F. 178 von einem unbekannten Schiff gerammt worden und gesunken. Die Zahl der ums Leben gekommenen Offiziere und Mannschaften ist noch unbekannt.

Der Darmstädter Studentenstreit.

Darmstadt, 4. März. Vor dem Schwurgericht in Darmstadt begann heute der Prozeß gegen den 32 Jahre alten Studenten Ewald Bahr, der beschuldigt wird, den Studenten Ehrich Weißer erstochen und sich dadurch der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange schuldig gemacht zu haben. Mitangeklagt sind der 22 Jahre alte Student Erich Allstedt aus Langensalza, dessen Eltern in Heddernheim wohnen, und der Student Erich Bauer aus Aerrinal in Rußland, welche beschuldigt werden, sich an dieser Schlägerei, die den Tod eines Menschen zur Folge hatte, beteiligt zu haben. Die Verhandlung, zu welcher 20 Zeugen geladen sind, dauerte bis zum späten Abend. Um 10 Uhr sprachen die Geschworenen den Wahrspruch. Der Ingenieur Bahr aus Soldin wurde der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang für schuldig befunden unter Zubilligung mildernder Umstände, der Student Allstädt aus Frankfurt a. M. und der Student Bauer aus Rußland der Teilnahme an einem Raufhandel. Das Gericht verurteilte Bahr zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, abzüglich 3 Monaten 2 Wochen Untersuchungshaft, Allstädt zu 3 Monaten und Bauer zu 3 Wochen Gefängnis.

Folgenschwerer Gerüsteinsturz.

Duisburg, 4. März. Auf einem Neubau auf dem Hahnschen Werk stürzte heute vormittag die Eisenkonstruktion des Daches ein. Unter den Trümmern wurden 4 Arbeiter begraben und auf der Stelle getötet.

Von den übrigen 120 auf dem Bau beschäftigten Arbeitern wurden 7 schwer verletzt. Ueber die Ursache des Unglücks verlautet nichts näheres. Der Schaden beziffert sich auf 20—30 000 Mark. Heute mittag erschien die Gerichtsbarkeit an der Unfallstätte.

Verunglückte Bergleute.

Gelsenkirchen, 4. März. Auf der Zeche „Consolidation" wurden gestern drei Bergleute in der Kohlenwäsche von der Transmission erfaßt und getötet. Ihre Körper waren auf entsetzliche Weise verstümmelt.

Ein radelnder Straßenräuber.

Köln, 4. März. Auf der belebten Apernstraße wurde gestern einer Dame, die eben von einer Bank 20 000 Mk. erhoben hatte und das Geld in einer Tasche aufbewahrte, diese Tasche entrissen. Der Täter war ein Radfahrer, der sofort flüchtete. Während der Flucht öffnete sich jedoch die Tasche und das Geld fiel auf die Straße. Passanten beteiligten sich an dem Aufsammeln des Geldes, so daß der Dame der größte Teil wieder zurückgegeben werden konnte.

Zu dem Marwitzer Automobilistenmorde.

Berlin, 4. März. Trotz der angestrengtesten Bemühungen der Kriminalpolizei in Berlin ist es ihr bisher nicht gelungen, der Täter habhaft zu werden, die das Drahtseil über die Chaussee gespannt haben. Die verdächtigen polnischen Arbeiter mußten alle wieder aus der Haft entlassen werden, da sie ihr Alibi nachweisen konnten. Der Tatort und seine Umgebung wurden gestern nachmittag von Polizeibeamten photographiert, ebenso die Leichen des Ehepaares Plunz.

Explosion im Hamburger Elektrizitätswerk.

Hamburg, 4. März. Aus bisher unaufgeklärter Ursache explodierte gestern abend im Hamburger Elektrizitätswerk in der Flotowstraße ein Dampfrohr. Durch die ausströmenden heißen Dämpfe wurden zwei Arbeiter so schwer verletzt, daß sie in hoffnungslosem Zustande ins Spital gebracht werden mußten. Der Betrieb wurde durch die Explosion gestört kann aber durch den Akkumulatorenbetrieb des Werkes aufrechterhalten werden.

Verirrte Granate.

Neuyork, 1. März. Die „Neuyork-Times" melden aus Veracruz: Ein amerikanisches Kriegsschiff hielt hier Schießübungen nach der Scheibe ab. Dabei fiel eine Granate in die Stadt, tötete eine und verwundete drei Personen.

Letzte Nachrichten.

Aus der elsaß-lothringischen Kammer.

Straßburg, 4. März. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer beantragte der Abgeordnete Peirotes (Soz.) bei dem Etat der Finanzverwaltung erneut, daß der Gnadenfonds in Höhe von 100 000 Mk. gestrichen werde. Abg. Hauß erklärte, daß das Zentrum an seinem im vorigen Jahre eingenommenen Standpunkt grundsätzlich nichts geändert habe. Er verlange indessen die Rückverweisung des Antrages an die Budgetkommission. Die Regierung habe im vorigen Jahre versprochen, eine summarische Uebersicht über die Verwendung der Summe zu geben. Das sei bis heute noch nicht geschehen. Unterstaatssekretär Köhler erwiderte, daß die Regierung ihr Versprechen einlösen werde.

Eine Regierungskundgebung zum Steuergesetz.

Berlin, 4. März. Wie die „Nationalzeitung" erfährt, beabsichtigt die Regierung, bei der Veröffentlichung des Steuergesetzes sich unmittelbar an das Volk mit einer Kundgebung zu wenden, die ausdrücklich auf die analoge Selbstbesteuerung des Volkes im Jahre 1913 hinweist und betont, daß die politische Entwicklung der letzten Zeit das friedliebende deutsche Reich zwinge, für seine Wehr und Sicherheit außerordentliche Opfer zu bringen. Von dem Grundsatz strengster Gerechtigkeit geleitet, strebt die Regierung, wie versichert wird, eine ganz gleichmäßige Belastung des mobilen und immobilen Kapitals an.

Die deutsche Militärvorlage.

Berlin, 4. März. Im Seniorenkonvent des Reichstags teilte der Präsident mit, daß der Reichskanzler ihm gegenüber die Hoffnung ausgesprochen habe, die Militärvorlage am 28. März dem Reichstage zugehen zu lassen. Die Vorlage soll für den 7. April auf die Tagesordnung gesetzt werden. Daß gleichzeitig die Deckungsvorlage an den Reichstag gelangen werde, darüber hat der Reichskanzler sich nicht geäußert.

Von der Wahlprüfungskommission.

Berlin, 4. März. Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschloß heute vormittag, die Wahl des Abgeordneten Peus (Soz.), Potsdam VIII, Brandenburg-Westhavelland, zu beanstanden und Beweiserhebung vorzunehmen.

Aussperrung der Maler in Hamburg.

Hamburg, 4. März. In einer Zusammenkunft des Vorstandes des Bezirks Hamburg des Arbeitgeberverbandes im deutschen Malergewerbe wurde beschlossen, dem am Sonntag in Berlin gefaßten Beschluß auf Aussperrung der organisierten Arbeiter auf alle Fälle Folge zu leisten. Es werden heute nach Feierabend alle organisierten Malergesellen in Hamburg, Altona und Wandsbeck und in den Elbdörfern entlassen. Es kommen etwa 5000 Gesellen in Betracht.

Die französischen Heeresverstärkungen.

Paris, 4. März. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Poincaré trat heute nachmittag zwei Uhr im Elyseepalast der oberste Kriegsrat zusammen, um über die von der Regierung gemachten Vorschläge zur Erhöhung der Effektivstärke der französischen Armee zu beraten. Man hofft, daß der oberste Kriegsrat heute zu einem Entschluß kommen wird, sodaß der endgültige Regierungsvorschlag noch vor Ablauf der Woche der Kammer unterbreitet und vor den Osterferien zur Abstimmung gelangen kann.

Kein Generalstreik in Ungarn.

Budapest, 4. März. Die sozialdemokratische Parteileitung hat beschlossen, jetzt keinen Massenstreik zu proklamieren. Sie wird ein Manifest erlassen, worin dieser Entschluß begründet wird. Die sozialdemokratische Parteileitung behält sich vor, den Generalstreik zu einem Zeitpunkt zu proklamieren, der ihr genehm ist.

Amtsantritt des Präsidenten Wilson.

Washington, 4. März. Unter den üblichen eindrucksvollen Feierlichkeiten vollzog sich heute der Wechsel in der Regierung und der Einzug des neuen Präsidenten Wilson in das Weiße Haus. Der offizielle Akt spielte sich auf der Freitreppe des Kapitols ab. Präsident Wilson hielt seine Inaugurationsrede, die ein zum Teil mit hinreißendem Schwung vorgetragenes Sozialprogramm bildete. Er wies auf den Wechsel in der Regierung hin, die jetzt demokratisch geworden sei. Dieser Wechsel bedeute mehr als einen bloßen Parteisieg. Es gelte jetzt, das Schlechte zu beseitigen, ohne das Gute zu schwächen, das ganze öffentliche Leben zu reinigen, ohne es schwach oder sentimental zu machen. Wir waren sehr eilig, in dem Drang groß zu werden. Die Binde ist von unseren Augen gefallen, unser Werk ist ein Werk der Wiederherstellung. Wir haben sorgfältig geprüft, was geändert werden muß: der Zolltarif, das Bank- und Währungssystem, das Industriesystem und die Landwirtschaft. Wir haben die besten Produktionsmittel etudiert, aber wir haben weder ihre Kosten, noch ihre Anwendung so studiert, wie wir es als industrielle Organisatoren, als Staatsmänner und als Einzelpersönlichkeiten hätten tun müssen. Ebensowenig haben wir die Mittel studiert und vervollkommnet, wie die Regierung in den Dienst der Humanität gestellt werden könnte zur Förderung des Wohls der Nation, der Männer, Frauen und Kinder und ihrer Rechte im Kampf ums Dasein. Die erste Aufgabe der Gesetze ist, die Gesellschaft gesund zu erhalten. Sanitäre Gesetze, Nahrungsmittelgesetze und Gesetze über die Arbeitsbedingungen sind Aufgaben der Gerechtigkeit. Daneben darf nicht vernachlässigt werden das Althergebrachte, der Schutz des Eigentums und des persönlichen Rechts. Es handelt sich nicht um eine rein politische Aufgabe, sondern darum, ob wir imstande sind, unsere Zeit und die Not unseres Volkes zu verstehen, ob wir das reine Herz haben, unsere Aufgaben zu verstehen und den geläuterten Willen, uns für sie zu entscheiden. Hier werden nicht die Kräfte einer Partei, sondern die Kräfte der Menschheit aufgerufen. Ich rufe alle ehrenhafte Männer, alle Parteien, alle vorwärts blickenden Männer an meine Seite. So wahr mir Gott helfe, ich werde sie nicht im Stiche lassen, wenn sie mir nur raten und beistehen wollen.

Briefkasten der Redaktion.

Achern. Der „Hammelsprung" ist die scherzhafte Bezeichnung für eine Art der Abstimmung im Reichstag, die vorgenommen wird, wenn über die Annahme oder Ablehnung eines Antrags oder eines Beschlusses Ungewißheit herrscht. Die Mitglieder treten, nachdem sie den Saal verlassen haben, auf ein gegebenes Glockenzeichen durch zwei offengelassene Türen wieder ein, von denen die eine die „Ja"-Türe heißt und die andere die „Nein"-Türe. — Die Einsendung ist nicht geeignet zur Veröffentlichung. Wenn der Pfarrer in Erfüllung seiner Pflichten (z. B. bei Beerdigungen) bummelig ist, so gibt es zunächst noch andere Wege, um ihn zur Pünktlichkeit zu erziehen. Wir bewahren die Einsendung zur eventuellen gelegentlichen Verwendung auf.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftliches und Letzte Nachrichten: **Hermann Kadel**; für Land, Lokales, Kommunales und Feuilleton: **Hermann Winter**; für die Inserate: **Karl Ziegler**, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Wasserstand des Rheins.

5. März.

Schusterinsel 0.90 m, gef. 6 cm, **Kehl** 1.74 m, gef. 2 cm
Maxau 3.23 m, gef. 2 cm, **Mannheim** 2.46 m, gef. 0 cm.

Vereinsanzeiger.

Mühlburg. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Freitag, 7. März, abends 6 Uhr, im „Hirsch" Lichtbilder-Vortrag. Thema: Ein Besuch der Siemens-Schuckert-Werke. Eintrittskarten à 20 Pf. bei den Vertrauensleuten und abends an der Kasse. 5776

Daxlanden. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Mittwoch, 5. März, abends halb 9 Uhr, im „Karlsruher Hof" Lichtbildervortrag. Thema: Ein Besuch der Siemens-Schuckert-Werke. Eintrittskarten à 20 Pf. bei den Vereinsfunktionären und abends an der Kasse erhältlich. 5776

Bruchsal. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Donnerstag, 6. März, abends halb 9 Uhr, in der „Fortuna" Lichtbilder-Vortrag. Thema: Ein Besuch der Siemens-Schuckert-Werke. Eintrittskarten à 20 Pf. bei den Verbandsfunktionären und abends an der Kasse erhältlich. 5776

Offenburg. (Arbeiter-Radfahrer-Verein.) Donnerstag abend ½9 Uhr im „Zähringer Hof": Versammlung. 5773

Geschäftliches.

Das Große Los der B.-Badener Geldlotterie (20 000 Mk.) erhielten 4 Arbeiter in der Nähe von Bruchsal, welche den Betrag kurz nach der Ziehung bar ohne Abzug von Lotterieunternehmer J. Stürmer, Straßburg i. E., Langstr. 107, ausbezahlt erhielten. — Die nächste badische Lotterie ist die **Große Invaliden-Geldlotterie**, deren Ziehung sicher am 8. April stattfindet. Zur Verlosung kommen nur Geldgewinne im Gesamtbetrage von 37 000 Mk. und beträgt der möglichste Höchstgewinn 15 000 Mk. Während ihres langjährigen Bestehens erfreute sich diese Lotterie stets großer Beliebtheit und finden die Lose auch jetzt schon guten Absatz. Diese Lotterie hat jetzt 20 000 Lose weniger als bisher und dennoch ungefähr 400 Gewinne mehr als früher, weshalb die Gewinnaussichten viel günstiger geworden sind, ohne den Lospreis zu erhöhen. Lose à 1 Mk. (12 Lose 10 Mk.) sind bei Lotterieunternehmer J. Stürmer, Straßburg i. E., Langstr. 107, und den bekannten Losverkaufsstellen zu haben.

Zur **Konfirmation** empfehle **Gesangbücher** in reicher Auswahl zu billigsten Preisen. Namen werden sogleich gratis eingeprägt. — Rabattmarken.
J. Nesselhauf, Buchbinderei, Papierhandlung, 46 Schützenstraße 46.

Karl Hummel
Stahlwarenhandlung
Rasiermesserschleifen
Karlsruhe i. B. Werderstr. 13.

Die weltberühmten Fabrikate der Firma
B. Kissner, Scherenfabrik, Gross-Umstadt (Hessen)
sind stets in grosser Auswahl am Lager und erfolgt der Verkauf zu Fabrikpreisen. 170

Offenburg.
1 Westenschneider
per sofort gesucht. Dauernde und immer genügende Beschäftigung zugesichert. 5731
G. Fritsch, Hauptstr. 57.

Verkaufe fortwährend gut erhalt. Herren- und Frauen-Kleider, gut gemachte Schuhe, Stiefel in eigener Schuhmacher-Werkstatt. 13
Frau Streckfuß Durlacherstraße 79.

25–50% Rabatt
gebe so lange Vorrat, wegen Aufgabe meines Zigarren-Detail-Geschäfts auf :: ::
Zigaretten, Pfeifen rc.
Zigarren
100 Stück v. Mk. 2.50 an
Günst. Gelegenheit f. Wiederverkäufer, Wirte u. Private. 5386
Bilder zu jedem annehmbaren Preise. ::
R. Landmesser,
9 Bernhardstraße 9.

Getragene Kleider,
Schuhe, Wäsche, Pfandscheine, Gold, Silber, Gebisse, bezahlt am besten, weil kein Laden 5421
Frau Pflüger,
Steinstraße 16, Seitenb. prt.

1 Fahrrad, 1 Konzertzither, 1 Küchentisch wegen Umzug billig zu verkaufen. Zu erfragen Luisenstr. 75a, 2. Stock.

Drucksachen fertigt an Buchdruckerei Volksfreund.

Städt. Badanstalt
(Vierordtbad)
Karlsruhe.
Medizinische Bäder.
Fichtennadel-Salz (Rappenauer oder Stassfurter).
Mutterlauge u. Schwefel- (Thiopinol-) Bäder.
Badezeit an den Werktagen:
Vormittags ½8 Uhr bis 8 Uhr abends.
Auch über Mittag geöffnet.
An den Samstagen bis 9 Uhr.
Sonntags ½8—12 Uhr.

Große Posten bessere
Herren-Kleider-Stoffreste
sind enorm billig abzugeben.
Arthur Baer
Kaiserstr. 133
1 Treppe hoch
Eingang Kreuzstrasse.
Lagerbesuch sehr lohnend.
Muster werden keine verabreicht. 5763

Licht-Spiele
9 Herrenstr. 11.
Nur 3 Tage
Heute, Donnerstag den 6. u. Freitag den 7. März cr. u. a.: 5770
Die Festtage in Gmunden.
Die Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise mit dem Prinzen Ernst August von Cumberland.
Gastspiel Saharet.
4. Serie.
Die Spionin
oder Fürs Vaterland.
Modernes Kriegsdrama in 2 Akten.
Aufsehenerregendste Novität und die übrigen glänzenden Attraktionen.

Wäsche wird tadellos gewaschen u. gebügelt. 5768 Essenweinstr. 40, H. III. r.

Zu haben in allen Apotheken und Drogerien. 5066

Von Mittwoch, den 5. März ab **grosser Sonder-Verkauf** in
Kleider-Stoffen
Alle von der Mode gebrachten Neuheiten in Kleider- und Blusenstoffen, Kostümstoffen, Seidenstoffen, Herrenanzugstoffen kommen in unübertroffener Auswahl ausserordentlich preiswert zum Verkauf. 5782
W. Boländer
Kaiserstrasse 121.
Das neue
Mode-Journal
wird beim Einkauf von Kleiderstoffen gratis verabfolgt.

Städt. Arbeitsamt
Karlsruhe

Städt. Arbeitsamt

Zähringerstrasse 100 Telefon 629.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

für hier:
1 junger Buchbinder
2 Zimmertapezierer
1 Konditor
2 junge Metzger
1 selbständiger Damenschneider
15 junge Schneider auf Westen
1 Schuhmacher auf neue Arbeit
2 junge Schuhmacher auf Sohl und Fleck
1 junger Friseurgehilfe
1 junger Wagenlackierer
1 junger Herrschaftsdiener mit Zeugnis. (18—20 jährig), 15. März
2 Gypser
4 Hufschmiede
1 Schlosser, Anschläger
1 Schlosser, Bau
1 Schlosser, Bauvorarbeiter
2 junge Wagner
1 Bürstenmacher

für auswärts:
3 junge Gärtner
3 junge Sattler- und Tapeziere
15 junge Schneider
2 Uniformschneider
2 junge Schuhmacher auf Sohl und Fleck
2 junge Friseurgehilfen
1 junger Wagenlackierer
3 Pflästerer
10 jg. landw. Arbeiter (Knechte)
4 Hufschmiede
3 Bauschlosser
2 Maschinen-Schlosser
5 Eisendreher
4 junge Wagner
1 Feilenhauer
6 Möbelschreiner
2 Vollgatterjäger
2 Holzmaschinenarbeiter
1 Bürstenmacher
2 Glaser. 5779

Gaggenau.

Zur Aufklärung.

Da in letzter Zeit verschiedene Personen durch Nachahmung meines Firmenschildes getäuscht worden sind, mache ich hiermit bekannt, dass sich mein **Zahn-Atelier** jetzt im 5763

Neubau Streit

befindet.

Alfons Stehle, Dentist.

Gaggenau.

Bitte versuchen Sie es mit unseren :: ::

Schuhwaren

zum Einheitspreise von 5762

Marke Einhorn . . 6^{75}
Marke Wolko . . . 8^{50}
Marke Wolko Extra 10^{50}

Karl Schmitt Wtw.,

neben Pfannkuch & Co.

Spanische Weinhandlung

von 2730

Jaime Miro

empfiehlt ihre garantiert naturreinen

Weine

Rotwein von **60** Pfg. per Liter an
Weisswein von **70** Pfg. per Liter an
ff. Süss- und **Dessertweine**
Cognacs und **Liköre.**

Verkaufsstellen: **Rüppurrerstrasse 14, Durlacherstrasse 38, Lessingstrasse 29, Schillerstr. 23, Rheinstr. 45** und **Gerwigstraße 20.**

---

kauft man am besten und billigsten nur

18a Adlerstrasse 18a

neben Gasthaus zum „Zähringer Löwen".

5774

Vorzüge der Knorr-Suppenwürfel:

Hervorragende Qualität: Jede Sorte hat den richtigen Eigengeschmack von hausgemachten Suppen nicht zu unterscheiden.

Hoher Nährwert: Die in der Suppe gut aufgelösten Nährstoffe werden vom Körper viel besser ausgenützt als feste Speisen.

Reiche Auswahl: Es gibt 45 Sorten Knorr-Suppen passend für jeden Geschmack.

Grosse Ausgiebigkeit:
1 Würfel reicht für 3 gute Teller Suppe.

Billiger Preis:
1 Würfel (3 Teller) nur 10 Pfg. 5142

Sie brauchen

auf Ostern

einen schönen **Herren-, Damen- oder Kinder-** 5775

Stiefel

in schwarz oder braun.

Die grösste Auswahl darin **zu staunend billigen Preisen** (durch Gelegenheitskäufe)

bietet Ihnen das

Schuhhaus Simon

Kaiserstr. 79.

Bleiben Sie ehrlich

in Ihrem Urteil und Sie werden nach einmaligem Versuch zugeben, dass Sie

nie besser gewaschen

haben, wie mit Persil. Millionen Hausfrauen brauchen und loben es täglich!

Uebereil erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.

Persil

das selbsttätige
Waschmittel
Der grosse Erfolg!

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der allbeliebten **Henkel's Bleich-Soda.**

Rheinperle

Margarine
ganz frisch vom Block
in allen Geschäften
feinster
Molkereibutter
gleich.

Jurgens & Prinzen G. m. b. H. Köln (Rhld.) Fabrikanten der altbewährten Marke **SOLO** Carton

---

Trauringe in allen Preislagen

Gravieren gratis. 5764

Fritz Steidle, Rastatt
Kaiserstrasse 32.

Billig wegen Umzug zu verkaufen: Besserer Chiffonnier 38 Mk., gute Bettstelle mit fast neuem Rost u. Matratze m. Wolle 38 Mk., 3 Stühle, bess. Vertiko, Plüschdivan **Durlacher-Allee 10, 1 Tr. hoch.**

Billig zu verkaufen. 2 schöne Deckbetten, wie neu, à 12 Mk., Schlosserherd 8 Mk., gute Nähmaschine 15 Mk., gute Bettstelle, Rost, Polster 15 Mk.
Kaiserstraße 48 (Hof).

Pfannkuch & Co

Neu eingetroffen der erste Waggon

neue
Malta-Kartoffeln
3 Pfd. **30** Pfg.
10 Pfd. **95** Pfg.

Ein Waggon neue
Algier-Kartoffeln
3 Pfd. **45** Pfg.
10 Pfd. **1.40** Mk.

Ein Waggon Holländer
Rotkraut
Kopf **26** und **28** Pfg.

Weißkraut
Kopf **18** u. **20** Pf.

Ein Waggon Italiener
Blumenkohl
Kopf **20** und **22** Pfg.

Schwarzwurzeln
Pfd. **20** Pfg.

Ende der Woche eintreffend:
Frischer Pariser
Kopfsalat
3 Kopf **40** Pfg.

Große Italiener
Zwiebeln
Pfd. **8** Pfg.
10 Pfd. **75** Pfg.

Mittelgroße sächsische
Zwiebeln
Pfd. **5** Pfg.
10 Pfd. **45** Pfg.

Schneidebohnen
(Brühbohnen)
Pfund **18** Pfg.

5781

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
In den bekannten Verkaufsstellen.

Pfannkuch & Co

Eingemachte
Preisel-beeren
offen p. Pfd. 40 Pfg.
10 Pfund-Eimer 3.50
30 Pfd.-Eimer 10.50

la. Schwäbische
Essig-gurken
kleinste Frucht per Glas 65 ₰
und 1.20
2 Liter-Dose große 1.10
4 Liter-Dose mittel 3.00

la. Schwäbische
Salz-gurken
Stück 3 Pfg.
2 Liter-Dose 90 Pfg.

empfehlen 5532

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.

Geschäfts-Empfehlung.
Empfehle mich in Anfertigung von Diwans u. Betten, sowie Reparaturen aller Art, Zimmer tapezieren und Vorhänge aufmachen besorgt billig 5604
Emil Walter,
Tapezier und Dekorateur,
Klauprechtstraße 23.

Neues 5509
Schlafzimmer,
Eichen, 2 Betten, 2 Nachttische mit Marmorplatten, 1 Waschkommode mit Marmorplatte und Toilettenspiegel, 1 3tür. Spiegelschrank, 150 cm breit, Handtuchständer, 2 Stühle, wird für 395 Mk. abgegeben.
Waldstraße 22, Möbelhaus.

Veilchenstr. 16, 4. St., links, ist ein **möbliert. Zimmer** billig **zu vermieten.** 5772

Bad. Invaliden-Geld-Lotterie
Ziehung sicher 8. April.
3328 Geldgewinne und 1 Prämie bar Geld.
37 000 Mk.
Mögl. Höchstgewinn bar Geld
15 000 Mk.
Hauptgewinn bar Geld
10 000 Mk.
3327 Gewinne und eine Prämie bar Geld
27 000 Mk.
Lose à 1 M. } 11 Lose 10 M Porto u. Liste 30 ₰
empfiehlt Lott.-Untern.
J. Stürmer
Strassburg i. E.
Langstrasse 107.
In Karlsruhe: **Carl Götz,** Hebelstrasse 11/15, **Woerner & Wehrle,** Karl Friedrichstrasse 2, **Gebr. Göhringer,** Kaiserstr. 60, E. Flüge, J. Daringer, und alle Losverkaufsstellen. 5771

E. P. Friedenberger, Kaiserstr. 87, Fr. Haselwander

Eröffnung
meiner
Modell-Hut-Ausstellung
am **Mittwoch, den 5. März.** 5761

S. Rosenbusch, Damenhutfabrik
en gros **137 Kaiserstrasse 137** en détail.

Schillerstrasse 22 | Ecke Goethestr.
Metropol-Theater
Schlager-Programm bis inkl. Freitag, 7. März.
Aus der Fülle des reichhaltigen Programms u. a. Novitäten:
Konfetti!
Fesselnde Karnevals-Tragödie in 2 Akten.
Die Dame in Schwarz.
Eine Episode aus dem Liebesleben :-: des Milliardärs Lincoln. :-:
Der Untergang der Südpolexpedition :: von Kapitän Tarcon W. Scott. ::
Spannend von Anfang bis Ende.
Es sollte niemand versäumen, dieses Elite-Programm anzusehen. 5765
Haltestelle der Strassenbahn Ecke Kaiser-Allee und Schillerstrasse

---

Dr. Thompson's Seifenpulver
(Schutzmarke Schwan)
eignet sich nicht nur zum Waschen, sondern wird auch vorteilhaft verwendet beim Putzen, Scheuern und Abseifen. Es ist daher im Haushalt
unentbehrlich

Pfannkuch & Co

Mittwoch und Donnerstag eintreffend in schwerster Eispackung
Billige Seefische!
Größere Zufuhren aus der Nordsee.
Cablian
kopflos, im ganz. Fisch Pfd. 25 Pfg. im Ausschnitt Pfd. 28 Pfg.
Schellfische
kleine Pfd. 25 Pfg. große 1-2 pfündig, Pfd. 32 Pfg.
Stockfische
Pfd. 23 Pfg.
Als **Buttererfatz** empfehlen wir
Esbu-Margarine
das Beste auf dem Markte
Pfund 95 Pfg. 5780

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen

Pfannkuch & Co
Neue
Marmeladen
garantiert aus frischen Früchten hergestellt,
darunter
la. Melange-Marmelade
offen Pfd. 30 ₰
der 5 Pfd.-Eimer 1.35
la. Pflaumen-Marmelade
offen Pfd 34 ₰
der 5 Pfd.-Eimer 1.60
la. Mirabellen-Marmelade
offen Pfd. 45 ₰
der 5 Pfd.-Eimer 2.—
5651
Verlangen Sie bitte in unseren Filialen unsere neue Konserven-Spezialpreisliste.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.

Achtung!
Ich verkaufe **Herren- und Damenkleider, Anzüge** von 5 Mk., **Ueberzieher** von 3 Mk. an, sowie **Schuhe** und **Weißzeug** zu billigsten Preisen.
Frieda Neidenberger
Durlacherstr. 55. 542

Auf die Strasse
führt viele Menschen die tägliche Berufsarbeit. Von der Straße bringen Sie die Erkältung heim, die Ihnen so lästig ist. Die Berufsarbeit auf der Straße erfordert ein Vorbeugungs- und Linderungsmittel für Heiserkeit, Katarrh und Husten, und das sind die altbekannten Wybert-Tabletten, die in allen Apotheken und Drogerien pro Schachtel 1 Mark kosten.

Ich **kaufe** und **verkaufe** fortwährend getragene **Herren- u. Damenkleider, Schuhe** und **Stiefel,** aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 16
Wilhelm Schwab
Durlacherstraße 85.

Schnurrbart!
„Margonal" unterstützt den Haar- u. Bartwuchs mit wunderbarem Erfolg, ist ein unerreichtes Haar- und Bartwuchsmittel.
Krug Stärke I Mark 2.— II Mk 3.—, extra stark Mk. 4.—, Porto 20 Pfg., Nachnahmeporto extra. 5540
K. Kaltenbach,
Straßburg i. Els., Feggasse.

Wilh. Eckert,
Uhrmacher, Marienstr. 20,
neb. dem Apollo-Theater
empfiehlt sein Lager in
Taschen- u. Wanduhren.
Billige **Reparatur-Werkstätte, Trauringe,** 8 u. 14 kar. gestempelt, das Paar, M. 12—27. Brillen u. Zwicker.

Herren-Anzugstoffe
durchweg nur moderne, gediegene, allerneueste Fabrikate in bekannt grösster Auswahl
Hauptpreislagen: 5461
per Meter Mk. 3.75 4.50 5.50 6.50 7.50 8.50 9.50 10.50 11.— 12.—
Auf Wunsch Anfertigung:
Modern verarbeiteter Anzüge unter Garantie für guten Sitz.
Hauptpreislagen:
Mk. 45.— 55.— 65.— 75.—
Joh. Hertenstein
Inh.: Fr. Kuch. Herrenstr. 25.

Städtische Knabenarbeitsschule Karlsruhe.
Am **Samstag, den 8. März 1913, nachmittags von 2—7 Uhr** und am **Sonntag, den 9. März 1913, von 11 bis 1 Uhr,** werden in den Schülerwerkstätten der Karl Wilhelm-, Schiller-, Nebenius-, Südend-, Göthe-, Gutenberg- und Mühlburger-Schule die von den Schülern im abgelaufenen Schuljahr angefertigten Schreiner-, Schnitz-, Metall-, Papp- und Modellier-Arbeiten ausgestellt. Zur Besichtigung ladet freundlichst ein
Karlsruhe, den 1. März 1913. 5766
Das Volksschulrektorat:
Dürr.

Schneider-Gesuch.
Erstklassige Rockarbeiter in und außer dem Hause finden **sofort** Beschäftigung.
5746 **P. Bang,** Amalienstr. 39.

Erstkl. Schneider
auf Großstück für **dauernd** gesucht.
Hans Leyendecker.
NB. Hierorts **höchste** Bezahlung. 5777